

Impressum:

SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin
Niederkirchnerstraße 5
10117 Berlin

Tel.: (030) 23 25 22 22

Fax: (030) 23 25 22 29

spd-fraktion@spd.parlament-berlin.de

www.spdfraktion-berlin.de

www.facebook.com/spdfraktionberlin

twitter.com/spdfraktionbln

V.i.S.d.P.: Torsten Schneider, Parlamentarischer Geschäftsführer

Fotos: Ostkreuz – Agentur der Fotografen

Agentur: Schmitz & Wiesner

Druck: Druckerei Brandt, Berlin

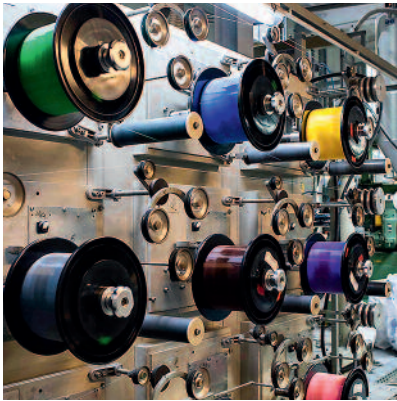
18. Wahlperiode/Januar 2019

Diese Veröffentlichung der SPD-Fraktion dient ausschließlich der Information.
Sie darf nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Eine Stadt für alle

Das Ganze im Blick haben





04

Vorwort



06

Gute Bildung
von Anfang an



12

Leben in einer
solidarischen Stadt



36

Sicher unterwegs in
der Metropole



42

Gesundes
Berlin



48

Sozialer
Zusammenhalt

22

Starke Investitionen
in die Zukunft

26

Wachsende
Wirtschaft

32

Gute
Arbeit

54

Vielfältige
Kultur

58

Sportmetropole
Berlin

62

Die Abgeordneten
der SPD-Fraktion



„Mit unseren Schwerpunkten im Landeshaushalt entlasten wir breite Bevölkerungsschichten“

Raed Saleh, Vorsitzender der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses

Die Vision von der bezahlbaren Stadt – Wir arbeiten dafür jeden Tag!

Viele Berlinerinnen und Berliner haben Sorgen, dass sie sich ihre Stadt nicht mehr leisten können, dass sie aus ihren Kiezen vertrieben werden, dass sie bald ihre vertraute Heimat nicht mehr wiedererkennen könnten.

Die SPD-Fraktion nimmt diese Sorgen vieler Menschen sehr ernst. Wir arbeiten seit Jahren mit vollem Einsatz an unserer Vision von der bezahlbaren Stadt für alle. Mit den letzten Entscheidungen im Haushalt sind wir hier wieder einen Schritt weitergekommen. Gerade junge Familien müssen jeden Euro dreimal umdrehen, bevor sie ihn ausgeben können. Deshalb wird es in Zukunft für alle Schüler von Klasse 1 bis 6 kostenlos ein warmes Mittagessen geben – und auch für das Schülerticket der BVG muss nicht mehr bezahlt werden. Zuvor haben wir bereits das Büchergeld abgeschafft und die Zuzahlung zu den ersten Hortjahren.

An diesen Weichenstellungen lässt sich unser politischer Kompass ablesen: Wir, die SPD-Fraktion, wollen die Berlinerinnen und Berliner finanziell entlasten und im Bildungsbereich die komplette Gebührenfreiheit Schritt für Schritt einführen.

Wir arbeiten ebenfalls unter Hochdruck an einem breiteren Schutz für die Mieterinnen und Mieter in unserer Stadt. Deshalb weiten wir den Milieuschutz drastisch aus, genauso wie die Deckelung von Mieten bei den städtischen Wohnungsunternehmen.

Aber sich in der eigenen Stadt wohlfühlen ist nicht nur eine Frage des privaten Geldbeutels – deswegen investieren wir 60 Millionen Euro in bessere Schwimmbäder. Wir haben der Feuerwehr einen zweistelligen Millionenbetrag für die Anschaffung neuer Fahrzeuge bereitgestellt und stärken natürlich auch weiterhin unsere Berliner Polizei.

Vor uns liegt noch viel Arbeit, aber wir kommen voran.



GUTE BILDUNG VON ANFANG AN

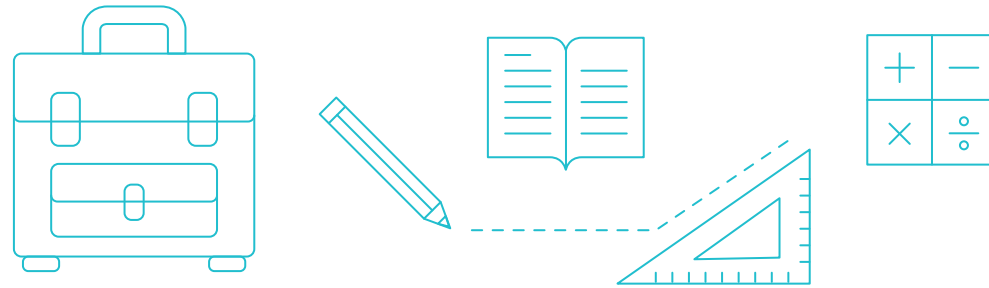
In Berlin ist Bildung von der Krippe bis zur Uni kostenfrei. Wir fördern Mädchen und Jungen bestmöglich und entlasten die Familien finanziell. Zudem investieren wir massiv in unsere Lernorte.

- **30.000 neue Kitaplätze** sollen in dieser Legislatur geschaffen werden. Damit Berlin beim Ausbau weiter gut voranschreitet, wurden dafür über 100 Millionen Euro bereitgestellt – so viel wie nie zuvor.
- Mit der **Berliner Schulbauoffensive** werden die Instandhaltung sowie der Umbau, die Erweiterung und der Neubau von Schulen forciert. In den nächsten 10 Jahren sind für Schulbauinvestitionen und -unterhaltung rund 5,5 Milliarden Euro vorgesehen.
- Trotz eines erheblichen Fachkräftemangels konnten zum Schulstart 2018/19 rund 2.700 Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden. Damit ist es Berlin gelungen, den Personalstand um **900 zusätzliche Lehrkräfte** im Vergleich zum Vorjahr zu erhöhen.
- Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig gemacht werden. Wir haben daher in den letzten Jahren die Voraussetzung geschaffen, Eltern zu entlasten: Seit August 2018 ist der Kitabesuch für alle Mädchen und Jungen beitragsfrei. Damit haben wir in Berlin für alle Jahrgänge die **Kita-Beiträge abgeschafft**.
- Ab 2019 werden an den Grundschulen die **Hortgebühren schrittweise abgeschafft**. Zudem fällt die Bedarfsprüfung für Schülerinnen und Schüler der Klassen 1 und 2 ab August 2019 weg. Das heißt, dass auch Kinder nicht-berufstätiger Eltern ein Recht auf Nachmittagsbetreuung haben.
- Zum Schuljahr 2018/19 ist die **Lernmittelfreiheit an Grundschulen eingeführt** worden. Eltern müssen jetzt nichts mehr für Schulbücher zahlen. Bis 2021 soll die Lernmittelfreiheit auf alle Schulen ausgeweitet werden.
- Zum Schuljahr 2019/20 wird in den Klassenstufen 1–6 der **Elternbeitrag zum Schulessen abgeschafft**. Familien werden so mit durchschnittlich 40 Euro pro Kind entlastet. Zugleich sichern wir allen Kindern unabhängig von der finanziellen Situation ihrer Eltern ein qualitativ hochwertiges Mittagessen.
- Ab August 2019 können alle Berliner Schülerinnen und Schüler mit dem **kostenfreien Schülerticket** die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen.

- Für **mehr Kita-Qualität** wird der Betreuungsschlüssel stufenweise abgesenkt. Die Arbeit der Kita-Leitungskräfte wird ebenfalls durch eine spürbare Verbesserung des Personalzuschlags unterstützt. Wir setzen uns außerdem für die berufsbegleitende Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern ein.
- Grundschullehrer werden jetzt genauso bezahlt wie Lehrkräfte an den übrigen Schulen. Und in den Hochschulverträgen haben wir die Universitäten verpflichtet, die **Ausbildungskapazitäten für die Lehrkräftebildung** erheblich zu steigern, um jährlich 2.000 Absolventinnen und Absolventen in den Schuldienst schicken zu können, von denen 800 an Grundschulen unterrichten sollen.
- Um Fachkräfte – also Lehrerinnen und Lehrer, aber auch Sozialarbeiterinnen und -arbeiter und Erzieherinnen und Erzieher – zu gewinnen und dauerhaft zu halten, haben wir ein **umfassendes Qualitätspaket** geschaffen. Insbesondere die dringend notwendigen Quereinsteiger werden dadurch besser qualifiziert und vorbereitet und erhalten mehr Entlastung und Unterstützung.



- Mit dem **Brennpunktschulprogramm** erhalten über 260 öffentliche Schulen und auch Schulen in privater Trägerschaft mit besonderen Belastungen zusätzliche Mittel, zum Beispiel für Schulsozialarbeit, intensivere Elternarbeit und Lerntherapie. Das Programm wird auf Kollegs des 2. Bildungswegs ausgeweitet. Um diese Schulen für Lehrkräfte attraktiver zu machen, führen wir eine zeitlich befristete Zulage für besonders belastete Schulen ein.
- Die **Gemeinschaftsschule** ist mit der Änderung des Schulgesetzes zum Schuljahr 2018/19 als Regelschulart in das Schulgesetz aufgenommen worden. Das längere gemeinsame Lernen unterstützt unser Ziel, mehr Chancengleichheit und optimale Förderung aller zu erreichen.



- Mit verschiedenen Projekten unterstützen wir einen besseren **Übergang von der Schule in den Beruf** beispielsweise an Brennpunktschulen und für junge Geflüchtete. Auch an Gymnasien werden künftig Maßnahmen zur Berufs- und Studienorientierung angeboten.
- Um die **politische Bildung und Demokratieerziehung** zu stärken, wird ab dem Schuljahr 2019/20 ein verpflichtendes und benotetes Fach Politik eingeführt. Damit liefern wir einen wichtigen Baustein zur Stärkung der Demokratie und demokratischer Strukturen an unseren Schulen.
- Der **herkunftssprachliche Unterricht** wird in Berlin erheblich ausgebaut. Zum 2. Schulhalbjahr 2017/18 konnten etwa an 21 Berliner Grundschulen AGs mit Türkisch als Herkunftssprache eingerichtet werden. Vor allem in der türkischen und arabischen Sprache besteht ein hoher Bedarf an Angeboten, die durch bestehende Unterrichtsangebote in Kombination mit AGs abgedeckt werden sollen. Auch die Rolle der Europa-Schulen wird gestärkt.

- Die **queere Bildungsarbeit** in den Schulen wird weiter gestärkt und Jugendliche mit Fragen zum Thema LSBTIQ finden individuelle Unterstützung bei einem Queer-Jugendzentrum.
- Bei der Inklusion sind wir einen großen Schritt vorangekommen. Für eine optimale Förderung aller Kinder richten wir **inklusive Schwerpunktschulen** ein. Dies sind allgemeinbildende und berufliche Schulen, die aufgrund ihrer personellen, räumlichen und sächlichen Ausgestaltung besonders in der Lage sind, Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt aufzunehmen. Insgesamt sind 36 Schwerpunktschulen geplant. Außerdem haben wir in allen Bezirken Schulpsychologische und Inklusionspädagogische Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZ) eingerichtet. Dort werden Schulen bei der Entwicklung und Umsetzung eines inklusiven Schulprogramms beraten und bei der Entwicklung des Unterrichts und spezieller Förder- und Präventionskonzepte unterstützt. Begabungsförderung ist für uns ebenfalls ein Schwerpunkt der Inklusion.

5,5 Milliarden Euro für
Schulsanierung und -bau
12 Millionen Euro mehr für
Spielplatzsanierung
0 Euro kostet der Kitabesuch
seit August 2018

- **Außerschulische Lernorte** wie Jugendkunstschulen, Jugendverkehrsschulen und Gartenarbeitsschulen werden mit rund 2 Millionen Euro zusätzlich unterstützt. Außerdem wurden sie im Schulgesetz verbindlich festgeschrieben, um die flächendeckende Versorgung in allen Bezirken sicherzustellen.
- Die Berliner **Musikschulen** erhalten für ihre wichtige Arbeit in den Bezirken 1,2 Millionen Euro zusätzlich. Damit soll der Anteil festangestellter Kräfte erhöht werden. Die Bezahlung der **Dozentinnen und Dozenten an Volkshochschulen** wird dem Bundesniveau angeglichen.
- Für die **Sanierung von Spielplätzen** haben wir weitere 12 Millionen Euro bereitgestellt.
- Wissenschaft und Forschung sind zwei der Pfunde, mit denen Berlin wuchern kann. Sie sind zugleich Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg. Herausragendes Beispiel dafür ist die gelungene **Ansiedlung des neuen Campus in Siemensstadt**.

- Darüber hinaus verfügt Berlin über eine europaweit herausragende Forschungslandschaft, die sich in außeruniversitären Instituten, aber vor allem in den Berliner Hochschulen widerspiegelt. Dafür haben wir mit dem **Erfolgsmodell Berliner Hochschulverträge** die Grundlagen weiter gestärkt. Zukünftig erhalten die 4 staatlichen Universitäten, 4 Fachhochschulen und 3 künstlerischen Hochschulen eine noch längere Planungssicherheit. Ihre finanzielle Ausstattung wird insgesamt um fast 650 Millionen Euro erhöht. Das ist auch die Grundlage für das erfolgreiche Abschneiden Berlins in der Exzellenzinitiative des Bundes.
- Die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen sowie die Partizipation von Frauen im Wissenschaftsbereich sind erheblich verbessert worden. Die **Geschlechterforschung und Gleichstellungspolitik** wurden durch die Einrichtung von Geschäftsstellen gestärkt. Die Bedeutung der Fachhochschulen und der angewandten Wissenschaften insgesamt haben wir ebenfalls anheben können. Davon profitieren auch kleinere und mittlere Unternehmen.



LEBEN IN EINER SOLIDARISCHEN STADT

Wohnraum muss bezahlbar bleiben. Mit einer Vielzahl von Maßnahmen kämpfen wir gegen Mietwucher, Preistreiberei und Verdrängung und fördern den Neubau von Wohnungen.

- Die **landeseigenen Wohnungsunternehmen** sind die tragenden Säulen einer sozialen Wohnungspolitik für Berlin. Indem wir den landeseigenen Wohnungsbestand kontinuierlich vergrößern, schaffen wir **Wohnraum mit stabilen Mieten** für immer mehr Menschen. Heute leben schon über 500.000 Menschen in landeseigenen Wohnungen. Eine Privatisierung dieser Bestände schließen wir aus und wollen die Landesverfassung entsprechend ändern.
- Die Mieten in landeseigenen Wohnungen bleiben stabil. Dazu haben wir **Kooperationsvereinbarungen** mit den landeseigenen Wohnungsunternehmen geschlossen. Darin begrenzen wir Mietsteigerungen auf maximal 2 Prozent pro Jahr bei Bestandsmietverträgen, wir deckeln die Modernisierungumlage auf maximal 6 Prozent pro Jahr und die maximale Mietbelastung bei 30 Prozent des Haushaltseinkommens. Auch im Bund kämpfen wir für schärfere Gesetze gegen Mietsteigerungen.
- Im Kampf gegen die Verdrängung von Mieterinnen und Mietern haben wir die Anzahl der **Milieuschutz- bzw. Erhaltungsgebiete** in Berlin stark ausgeweitet und setzen diese Politik u.a. mit mehr Personal in den Bezirksämtern konsequent fort. Mehr als **840.000 Menschen sind so schon heute besser vor Verdrängung geschützt**.
- In noch höherem Maße als bisher werden wir die Instrumente des Vorkaufrechts und der Abwendungsvereinbarung anwenden, um unverhältnismäßige Mietsteigerungen und die Verdrängung der Anwohnerinnen und Anwohner zu verhindern. Für die **Ausübung des Vorkaufsrechts** stellen wir mit dem Nachtragshaushalt weitere 16 Millionen Euro bereit.
- Mit unserer Neuausrichtung der Berliner Liegenschaftspolitik und einer strikten Durchsetzung des Kooperativen Bau-landmodells setzen wir bei der Vergabe von Grundstücken weiterhin auf eine sozial gerechte, wirtschaftlich vernünftige und ökologische Stadtentwicklung. Für eine strategische Bodenpolitik stellen wir mit dem Nachtragshaushalt **zusätzlich 50 Millionen Euro für den Ankauf von Grundstücken** zur Verfügung.
- Der **Kündigungsschutz** bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen gilt in Berlin weiterhin für 10 Jahre. Hier haben wir den bundesrechtlichen Rahmen maximal ausgeschöpft. Das Zweckentfremdungsverbot haben wir erneut verschärft, um Wohnraum zu sichern, der für dauerhaftes Wohnen geeignet ist.

- Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass im Mietpiegel die Bestandsmieten der letzten zehn Jahre berücksichtigt werden (heute: vier Jahre). Das würde zu einer nachhaltigen Stabilisierung der Mieten führen und die **Mietpreisspirale stoppen**.
- In allen Berliner Bezirken wurden oder werden **offene und gebührenfreie Mieterberatungen** eingerichtet. Einkommensschwache Haushalte sollen durch Kooperationsverträge mit Mieterverbänden zusätzlich einen kostenlosen Rechtsschutz bekommen.
- Im **sozialen Wohnungsbau** haben wir die Unwirksamkeit rückwirkender Mieterhöhungen und die Umstellung der Berechnungsgrundlage für den Mietzuschuss von Nettokaltmiete auf Bruttowarmmiete beschlossen. Auch 2019 werden Mieterhöhungen vermieden, die durch den regelmäßigen Förderabbau entstehen würden.
- Mit der Neufassung der Ausführungsvorschrift Wohnen haben wir die Richtsätze für Mietzuschüsse angepasst. Für den **Erhalt der sozialen Mischung in den Berliner Kiezen** gibt es jetzt zudem einen Umzugs-Vermeidungs-Zuschlag.
- Die Maßnahmen für eine Soziale Stadt einschließlich des **Quartiersmanagements** werden fortgesetzt. Wir haben dafür gesorgt, dass die Personalmittel in den Bezirken für die Umsetzung der Rahmenstrategie ab 2018 erhöht wurden.
- Als umfassende wohnungspolitische Leitlinie wird der Stadtentwicklungsplan Wohnen überarbeitet. Wir haben bereits **Konzepte und Strategien für den dringend benötigten Wohnungsneubau** und die Entwicklung neuer Stadtquartiere aufgestellt sowie die Finanzierung für eine Wohnungsneubauförderung gewährleistet. Auf unsere Initiative ist ein Antrag zum „Flächensparenden Bauen“ im Abgeordnetenhaus beschlossen worden. Außerdem wird die Bürgerbeteiligung an Planungsprozessen gestärkt und die Online-Partizipation ausgebaut.
- Wir halten Wort: **Kleingartenanlagen** auf landeseigenen Flächen werden nicht für Wohnungsbau genutzt. Der **Bestandsschutz wird bis mindestens 2030 verlängert**, denn Kleingärten haben eine wichtige soziale Bedeutung und dienen dem Umweltschutz.



- Die **Wohnungsbauprämie** für die Bezirke ist von uns auf 7,5 Millionen Euro jährlich erhöht worden. So wird eine schnellere Bearbeitung von Wohnungsbauanträgen ermöglicht. Auch die Förderung der Genossenschaften wurde um 10 Millionen Euro verstärkt. Es wurden zudem 20 landeseigene Baugrundstücke an Genossenschaften vergeben.

Die Mobilitätswende ist eingeleitet

- Wir wollen einen **gleichberechtigten und barrierearmen Zugang zu Mobilität** für alle Menschen in unserer Stadt gewährleisten, denn nur so bieten wir umfängliche Teilhabe am gesellschaftlichen und städtischen Leben. Eine sozial-, wirtschafts- und hauptstadtgerechte sowie klimaverträgliche Mobilität ist für die SPD-Fraktion ein zentraler Teil der Daseinsvorsorge. Durch die Gestaltung der Verkehrsinfrastruktur und durch möglichst geringe Rauminanspruchnahme des fließenden und ruhenden Verkehrs soll die Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raums und die Lebensqualität in der Stadt verbessert werden.
- Wir haben als bisher einziges Bundesland den ersten Teil eines **Mobilitätsgesetzes** verabschiedet, welches die Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Mobilitätsentwicklung vorgibt. Den sich wandelnden Mobilitätsbedürfnissen begegnen wir mit einer stadt-, umwelt- und klimaverträglichen Mobilitätspolitik für alle Menschen. Dieser erste Gesetzesteil sieht neben umfangreichen Neuregelungen für den Radverkehr die Stärkung der öffentlichen Verkehrsmittel und deren beschleunigten Ausbau vor.

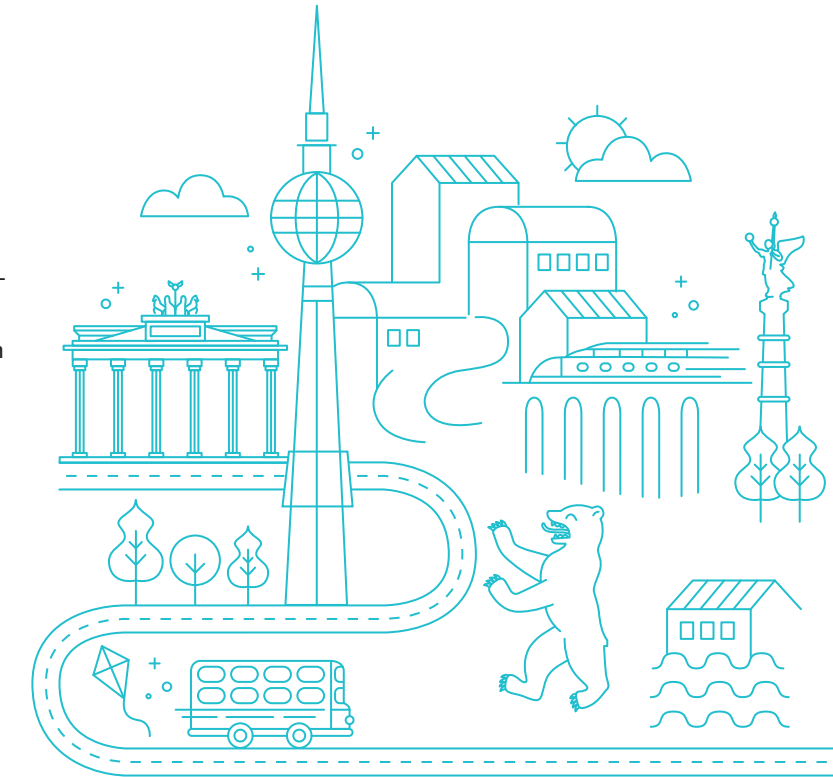
- In einem zweiten Gesetzespaket, dass im Jahr 2019 vorgelegt werden soll, werden wir **verbesserte Regelungen** für den Fußverkehr, neue Konzepte für den Wirtschaftsverkehr sowie Standards für eine intelligente Mobilität und darüber hinaus Aussagen zum stadtverträglichen Autoverkehr verankern.
- Die **Verkehrsinfrastruktur wird saniert** und in Teilen ergänzt. Zur Sicherstellung einer kontinuierlichen Straßen- und Brückeninstandhaltung ist der Senat aufgefordert, ein Erhaltungsmanagementsystem zu entwickeln. Alle Menschen sollen unabhängig vom gewählten Verkehrsmittel sicher an ihrem Ziel ankommen. Ziel ist, dass sich im Berliner Stadtgebiet keine Verkehrsunfälle mit schweren Personenschäden ereignen. Diese „Vision Zero“ ist Leitlinie für alle Planungen, Standards und Maßnahmen. Bereits in 2018 sollen mindestens zehn, im Folgejahr mindestens zwanzig und danach jährlich mindestens dreißig der gefährlichsten Knotenpunkte mit den höchsten Häufungen an Unfällen so verändert werden, dass die Gefahrenquellen bestmöglich beseitigt werden und eine Erhöhung der Verkehrssicherheit sichergestellt ist.

- Wir setzen uns für **mehr Sicherheit** für zu Fuß Gehende und Radfahrende beim Abbiegevorgang von Lkw ein. Durch die verbindliche Vorschrift von sicherheitswirksamen technischen Einrichtungen wie Abbiegeassistenten und mit optimierten Fahrerhäusern soll die Gefährdung durch abbiegende Lkw reduziert werden. Unsere Fraktion hat hierzu eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht.
- Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) bildet das Rückgrat der Verkehrsinfrastruktur. Ein Schwerpunkt für uns ist der **Ausbau des Straßenbahnnetzes**. Für mehrere Linien werden noch in dieser Wahlperiode die Baumaßnahmen beginnen, für weitere Linienabschnitte, die mittelfristig realisiert werden sollen, laufen derzeit die Vorplanungen. Folgende vier Straßenbahnmaßnahmen werden bis 2021 fertiggestellt: 1. Tram-Linie vom Hauptbahnhof zur Turmstraße und von dort perspektivisch über den Mierendorffplatz zur Jungfernheide. 2. Tram-Linie vom S-Bahnhof Schöneweide bis nach Adlershof. 3. Tram-Anbindung des S-Bahnhofs Mahlsdorf. Hier erfolgt ein Neubau der Umsteigehaltestelle direkt am S-Bahnhof und ein zweigleisiger Ausbau zwischen Rahnsdorfer Straße und dem S-Bahnhof Mahlsdorf. 4. Tram-Anbindung des Bahnhofs Ostkreuz.

- Darüber hinaus verdichten wir den Takt auf diversen Strecken, erhöhen die Anschlusssicherheit und setzen künftig **mehr Fahrzeuge bei Bahn, Tram und Bus** ein. Bei der Markterkundung bzw. anstehenden Ausschreibung im S-Bahn-Bereich setzen wir auf eine nachhaltige Lösung im Interesse Berlins, für alle Nutzerinnen und Nutzer und der Beschäftigten, und wenden uns entschieden gegen eine Zerschlagung der S-Bahn.
- Für die **Verbesserung der Verkehrsbedingungen** insbesondere von Pendlerinnen und Pendlern bauen wir die Schienenverbindungen zwischen Berlin und dem Umland aus. Hierzu haben wir mit dem Land Brandenburg und der Deutschen Bahn die Rahmenvereinbarung „i2030“ initiiert. Zur Verbesserung der Angebote für Pendlerinnen und Pendlern stehen unter anderem folgende Schienenausbauprojekte im Fokus: Berlin-Spandau-Nauen, Potsdamer Stammbahn, Prignitz Express/Velten, Nordbahn/Heidekrautbahn, sowie Engpassbeseitigungen und Weiterentwicklung des S-Bahn-netzes (zweigleisiger Ausbau zum Beispiel Wannsee-Griebnitzsee).

- Der Berliner ÖPNV braucht ein Tarifsysteem, das einfach, modern, transparent und möglichst kostengünstig ist. Zur Erarbeitung einer Systemverbesserung und Prüfung neuer Modelle haben wir die **Arbeitsgruppe Tarife** eingesetzt. Den Preis für das Tarif-Ticket S (Sozialticket) haben wir bereits von 36 Euro auf 27,50 Euro gesenkt. Das Schülerticket ist ab August 2019 kostenfrei.
- Der Radverkehr wird in einer bislang nicht dagewesenen Größenordnung gefördert und der **Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur** massiv vorangetrieben. An allen Hauptverkehrsstraßen sollen Radverkehrsanlagen mit erschütterungsarmem, gut befahrbarem Belag in sicherem Abstand zu parkenden Kraftfahrzeugen und ausreichender Breite eingerichtet werden. Diese sollen so gestaltet werden, dass sich Radfahrende sicher überholen können. Bei Radwegen auf Gehwegniveau ist auf eine für alle klar erkennbare Trennung von Radweg und Gehweg zu achten.

- Es sollen mindestens 100 km **Radschnellverbindungen** errichtet werden. Die Mindestlänge von Radschnellverbindungen soll möglichst fünf Kilometer betragen. Bis 2025 sollen 50.000 **Fahrradstellplätze** an den Stationen und Haltestellen des Nahverkehrs sowie weitere 50.000 Fahrradstellplätze im öffentlichen Raum, insbesondere an sozialen und kulturellen Einrichtungen, an Schulen und Einzelhandelsgeschäften eingerichtet werden.
- An wichtigen Regionalbahnhöfen sowie wichtigen Stationen und Haltestellen des Nahverkehrs sollen **Fahrradparkhäuser und Fahrradstationen** erstellt werden. Mängel, die Radfahrende erheblich gefährden, sollen soweit möglich unverzüglich beseitigt werden.



Für ein sauberes Berlin

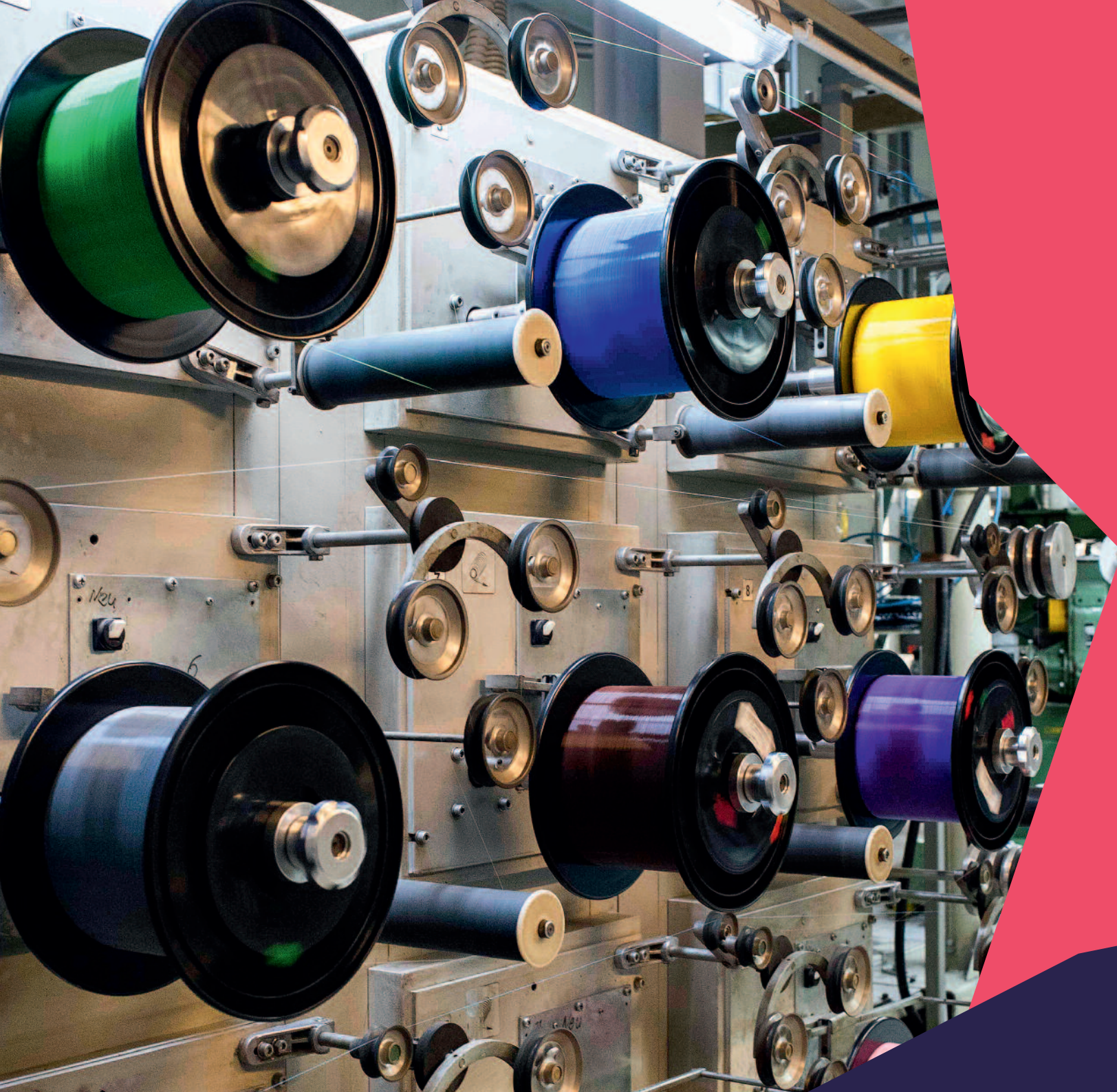
- Im Ergebnis einer ursprünglich durch die SPD-Fraktion eingebrachten politischen Initiative hat das Land Berlin nun einen **neuen Vertrag für die öffentlichen Toiletten** mit einer Laufzeit von 15 Jahren abgeschlossen. Alle Toiletten werden im Gegensatz zum bisherigen Vertrag dem Land Berlin gehören. Bis zum Jahr 2020 wird eine Grundversorgung mit 280 hochmodernen und komplett barrierefreien Toiletten gewährleistet. Ab 2021 werden weitere 86 Toilettenanlagen errichtet, die Standortzahl erhöht sich von heute 251 auf künftig 366 Standorte. Durch die politisch gewollte, vertragliche Trennung von Toiletten und Werbung lassen sich nun die Werbeeinnahmen für das Land Berlin beziffern: In den kommenden 15 Jahren wird das Land Berlin circa 350 Millionen Euro aus Werberechten einnehmen.
- Die Berlinerinnen und Berliner wollen in sauberen Kiezen leben. Deshalb sagen wir mit unserem **Aktionsprogramm „Sauberes Berlin“** dem Müll den Kampf an und stellen dafür rund 32 Millionen Euro pro Jahr bereit. Dazu gehören eine bessere Reinigung von Straßen, Plätzen und Parks, innovative, kostenlose Sperrmüllabholungen, mehr Kontrollen und höhere Bußgelder sowie eine verstärkte Abfallberatung.
- Künftig wollen wir im Sinne der „Sauberekeit aus einer Hand“ zudem eine **Übernahme der Grünflächenreinigung** und der Reinigung ausgewählter, hochfrequentierter Waldflächen durch die Berliner Stadtreinigungsbetriebe erreichen. Hierfür wollen wir die notwendigen gesetzlichen Änderungen sowie eine ausreichende Finanzierung vornehmen. Wir setzen uns weiterhin für eine haushaltsnahe Altglassammlung in allen Bezirken Berlins ein.
- Dem Leitbild „Zero Waste“ folgend ist in Berlin zusammen mit Handels- und Umweltverbänden ein **Mehrwegbechersystem** eingeführt worden. In vielen Bäckereien, Cafés und Tankstellen gibt es jetzt einen Rabatt für die Kundinnen und Kunden beim Kauf eines Coffee to go, wenn sie einen Mehrwegbecher befüllen lassen. Ziel ist die Wandlung der Berliner Abfallwirtschaft zu einer modernen Kreislaufwirtschaft.
- Ab 2019 wird die **Bio-Tonne flächendeckend** in Berlin eingeführt. Einerseits soll dadurch der heute noch bei 40 Prozent liegende organische Anteil im Restmüll reduziert und andererseits Biogas zur Energieerzeugung gewonnen werden.

840.000 Menschen sind in Milieuschutzgebieten besser vor Verdrängung geschützt

50 Millionen Euro zusätzlich für den Ankauf von Grundstücken

0 Euro kostet ab August 2019 das Schülerticket

- Berlin wird sich in den nächsten Jahrzehnten zu einer klimaneutralen Stadt entwickeln und reagiert damit wie andere Metropolen weltweit auf die Herausforderungen des Klimawandels. Im Januar 2018 hat das Abgeordnetenhaus das **Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030** (BEK) beschlossen. Die Umsetzung mit vielen neuen Energiespar- und Klimaprojekten läuft bereits. Auch mit der Novellierung des Energiewendegesetzes (EWG Bln) wird ein ambitionierterer Beitrag Berlins zum Klimaschutz geleistet. Wir setzen auf die Beendigung der Energieerzeugung aus Steinkohle bis spätestens 2030. Die Verbrennung von Braunkohle wurde in Berlin bereits im Jahr 2017 beendet.
- Für eine **bessere Luftqualität** wird derzeit der Luftreinhalteplan fortgeschrieben. Gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Gerichtsurteile zu Fahrverboten in bestimmten Stadt-Straßen fordern wir die Einführung der so genannten „Blauen Plakette“ als bundeseinheitliche Regelung. Hierdurch kann effektiver kontrolliert und es können gesundheitsgefährdende NO₂-Emissionen durch Diesel-Kfz reduziert werden. Für eine ausreichend bemessene Übergangszeit sind im Hinblick auf anstehende Fahrverbote für Besitzer älterer Diesel-Kfz, insbesondere für Handwerker, Gewerbetreibende etc., Ausnahmeregelungen vorzusehen. Mit entschiedenem Nachdruck fordern wir die technisch machbare Nachrüstung von Dieselfahrzeugen auf Kosten der Hersteller.
- Mit der **Fortsetzung der Stadtbaumkampagne** und einem Wiederaufforstungsprogramm nach Stürmen sorgen wir dafür, dass Berlin grün bleibt. Diese Zielsetzung gilt auch für notwendige Bewässerungsmaßnahmen für Straßenbäume und Pflanzen in extrem trockenen Witterungsphasen wie im Jahr 2018.
- Das Land Berlin hat 2018 gemeinsam mit den Berliner Wasserbetrieben eine **Regenwasseragentur** gegründet. Sie soll die Berliner Verwaltung, die Planenden und die Bürgerinnen und Bürger bei der Umsetzung dezentraler Lösungen für einen neuen Umgang mit Regenwasser unterstützen, damit Berlin wassersensibler und klimaangepasster wird.
- Die guten Erfahrungen durch die Erhöhung der monatlichen Zahlungen an junge Menschen, die ein **Freiwilliges Ökologisches Jahr** absolvieren, von 355 Euro auf 480 Euro pro Monat veranlassen uns, diese Maßnahmen in den nächsten Jahren fortzusetzen.



STARKE INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT

Wir sorgen dafür, dass alle Menschen an der guten Entwicklung Berlins teilhaben können. Mit Investitionen in Milliardenhöhe ertüchtigen wir die Infrastruktur und bauen weiter Schulden ab.

- Der Berliner Haushalt umfasst 2019 ein **Gesamtvolumen von über 30 Milliarden Euro**. Berlins Haushalt ist wegen unserer seriösen Politik stark aufgestellt. Wir nehmen keine neuen Schulden auf, bauen bestehende Schulden ab, entlasten die Bürgerinnen und Bürger und investieren in die Infrastruktur unserer Stadt. Seit mehr als 7 Jahren in Folge haben wir **positive Haushaltsabschlüsse** und erwirtschaften hohe Überschüsse. Berlin gehört damit zu den wenigen Bundesländern, die überdurchschnittliche Wachstumszahlen vorweisen.
- Um unseren Kindern eine gute Zukunft zu bieten, halten wir an unserem **Konsolidierungskurs** fest. Wir haben 2018 den Schuldenstand um knapp 500 Millionen Euro reduziert. Das ist der einzige Weg, der Berlin krisenfest hält und nachhaltige Investitionen ermöglicht.
- Wir setzen uns dafür ein, dass alle Berlinerinnen und Berliner in der Stadt von unserer Finanzpolitik profitieren. Wir entlasten jedes Portemonnaie. Wir verbessern das Tarifgefüge in den öffentlichen Unternehmen, haben die Tarifbeschäftigten des Landes zu 100 Prozent an die Vergütung der Länder angeglichen und die Kostendämpfungspauschale abgeschafft. Mit dem Nachtragshaushalt 2018/19 haben wir das **soziale Element unserer Finanzpolitik weiter gestärkt** und haben 1,42 Milliarden Euro investiert.

- Damit die Stadt bezahlbar bleibt, arbeiten wir mit Nachdruck an der Weiterentwicklung der Stadt. Mit dem **Nachtragshaushalt** für die beiden Jahre 2018 und 2019 investieren wir zusätzliche 861 Millionen Euro in die Berliner Infrastruktur: Die S-Bahn erhält 300 Millionen Euro zum Aufbau eines landeseigenen Fahrzeugpools. Ebenfalls 300 Millionen Euro erhält die landeseigene HOWOGE für die Schulbauoffensive. 146 Millionen Euro bekommt Vivantes für die Klinik-Sanierung. Zusammen mit der Charité stehen Krankenhäusern in 2019 weit über 300 Millionen Euro zur Verfügung. Den Berliner Bäderbetrieben geben wir Zuschüsse in Höhe von bis zu 130 Millionen Euro.
- Die **neue Liegenschaftspolitik** haben wir vor sieben Jahren entwickelt. Damit haben wir den Mentalitätswechsel eingeleitet, der Berlin erfolgreich in die Zukunft führt. Seitdem nutzen wir konsequent Vorkaufsrechte, um Wohnraum zu erhalten und Flächennutzung für alle zu sichern. Wir schließen Erbpachtverträge mit Vereinen, Kitas und anderen gemeinnützigen Einrichtungen. Wir bieten städtischen Wohnungsbaugesellschaften landeseigene Grundstücke kostenfrei an. Mit dem Nachtragshaushalt stellen wir weitere 50 Millionen Euro für Grundstücksankauf und 16 Millionen Euro für Vorkaufsrechte bereit.

- Wir können uns **Investitionen in die städtische Infrastruktur** in Höhe von 5,2 Milliarden für 2019 leisten, weil wir unsere Zinslast absenken konnten und einen Investitionsfonds eingerichtet haben: Mithilfe von SIWANA (Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt und Nachhaltigkeitsfonds), der Mittel in Höhe von 3,1 Milliarden Euro bereithält, verbinden wir Konsolidieren und Investieren. Mit diesem Geld finanzieren wir in Schulneubau und Schulsanierung, subventionieren Fahrpreise des ÖPNV, Krankenhaussanierung, Ausstattung von Feuerwehren und vieles andere mehr. So leisten wir einen deutschlandweit einmaligen Beitrag zur öffentlichen Daseinsfürsorge.
- Unsere **öffentlichen Unternehmen und Landesbeteiligungen** haben wir in den letzten Jahren grundlegend modernisiert. Landesunternehmen wie BSR, BVG oder die Wasserbetriebe sind mittlerweile leistungsfähige Betriebe, die städtische Aufgaben zuverlässig erfüllen. Den Berliner Bädern haben wir mit dem Nachtragshaushalt 2019 Rücklagen in Höhe von 60 Millionen Euro bereitgestellt. Unsere Landesunternehmen haben 2017 einen Jahresumsatz von über 8,2 Milliarden Euro erwirtschaftet.

5,2 Milliarden Euro für Investitionen in die städtische Infrastruktur

8,2 Milliarden Euro Umsatz der Landesunternehmen

300 Millionen Euro für die IT-Infrastruktur der Verwaltung

- Damit verfügen sie über die Kapazitäten, **Tarifstrukturen auf branchenüblichem Niveau** anzuwenden, um gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu bezahlen. Sie können alle Haustarifverträge oder Entgeltgrundsätze abschaffen, die die Beschäftigten im Vergleich zu Mutterkonzernen und übergeordneten Betriebseinheiten schlechterstellen.
- Wir setzen uns weiter für eine effektive, transparente und **bürgernahe Verwaltung** ein. Für die Digitalisierung der Landesverwaltung haben wir über 300 Millionen Euro bereitgestellt, mit denen Investitionen in die IT-Infrastruktur des Landes möglich sind.



WACHSENDE WIRTSCHAFT

Berlin zieht Unternehmen aus aller Welt an. Wir sorgen für gute Ansiedlungsbedingungen und passende Fördermaßnahmen. Denn wir wollen ein sozial gerechtes und nachhaltiges Wachstum.

- Berlin ist für Unternehmen ein attraktiver Wirtschafts- und Ansiedlungsort. Unsere Wirtschaftspolitik greift, die Zahl der Arbeitslosen sinkt kontinuierlich, **die Zahl der Beschäftigten steigt**. Im Jahr 2017 hatte Berlin ein Wachstum von 3,1 Prozent, damit wuchs Berlin das vierte Jahr in Folge stärker als der Bundesdurchschnitt aller Länder. Auch die Zahl der Erwerbstätigen liegt über dem Bundesdurchschnitt. Wir setzen weiter Schwerpunkte für ein sozial gerechtes und nachhaltiges Wachstum.
- Nachdem die Mittel für den **Masterplan Industrie** für die Jahre 2018 und 2019 bereits aufgestockt wurden, haben wir ihn grundlegend überarbeitet. Zusammen mit den Partnern aus dem Netzwerk Industriepolitik, bestehend aus Kammern, Verbänden, Gewerkschaften und Fördereinrichtungen des Landes, konnte der Masterplan Industriestadt Berlin nun in seiner dritten Version bis zum Jahr 2021 fortgeschrieben werden.
- Mit dem Masterplan sichern wir **Arbeitsplätze in der Industrie** und verbessern die Rahmenbedingungen. Wir behalten die Fachkräftebedarfe der Zukunft im Blick und bereiten mit unserer neuen Liegenschaftspolitik die Grundlagen für Erweiterungsinvestitionen und Neuansiedlungen.
- Mit der Schaffung der **Berliner Digitalagentur** haben wir die Grundlagen geschaffen für eine neutrale und zentrale Anlaufstelle, die für alle Belange der Digitalisierung für kleine und mittelständische Unternehmen zu Verfügung steht. Wir wollen, dass kleine und mittlere Unternehmen nicht von der Digitalisierung abgehängt werden.
- Mit einem jährlichen Umsatz von 11,5 Milliarden Euro und einem Beschäftigungseffekt von 235.000 Vollzeitbeschäftigten ist der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Berlin. Er sichert viele Arbeitsplätze. Um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu bewahren und zu verbessern, haben wir das **Tourismuskonzept** fortentwickelt und stadtverträglich und nachhaltig ausgerichtet. Es werden zum Beispiel die Außenbezirke stärker beworben, um eine Entlastung stark frequentierter Innenstadtlagen zu erreichen und damit die positiven Wirtschaftseffekte für alle Bezirke auszubauen.
- Die **Berliner Zukunftsorte** werden als Standorte des gelebten Austauschs zwischen Wirtschafts-, Forschungs- und Technologieeinrichtungen weiter gefördert (Wissenschafts- und Technologiepark Adlershof, der Biotech-Campus Berlin-Buch, der Campus Charlottenburg/City West, der Clean Tech Business Park Berlin-Marzahn, der EUREF-Campus Schöneberg, der Technologiepark Humboldthain, der Forschungs- und Produktionsstandort Schöneeweide/Südost, der Campus Dahlem/Südwest mit dem Technologie- und Gründungszentrum, der Flughafen Tegel als Urban-Tech-Standort und der Flughafen Tempelhof als Standort für Kreativwirtschaft). Seit dem 01. Oktober 2017 hat eine Geschäftsstelle die Arbeit aufgenommen. Die Erschließung der Gebiete soll optimiert und sowohl nationale als auch internationale Fachkräfte sowie Ansiedlungen von Hochtechnologieunternehmen für Berlin gewonnen werden.
- Als neuer Zukunftsort kommt der geplante **Innovationscampus** von Siemens dazu, für den das Land Berlin die wichtigen Rahmenbedingungen absichern will. Dies sichert weitere Arbeitsplätze und Investition von bis zu 600 Millionen Euro für Berlin.
- Aufgrund der großen wirtschaftlichen Bedeutung der **Messe Berlin** wurde die Ertüchtigung des Messegeländes abgesichert. Dafür wurden der Messe Berlin die Messegrundstücke übertragen. Damit wurde die Umsetzung der Sanierung und Instandsetzung des Messegeländes sowie des Masterplans abgesichert. Die Rahmenbedingungen für den Messe- und Kongressstandort Berlin haben wir damit weiter verbessert.
- Wir unterstützen den Aufbau des **Eine-Welt-Zentrums GlobalVillage** mit einem Investitionszuschuss in Höhe von 3 Millionen Euro. Alle entwicklungspolitischen Initiativen finden in dem Zentrum gute Bedingungen für ihre Arbeit. Auf rund 4.500 Quadratmetern Fläche für diverse öffentliche Nutzungen kann ein Ort des Austauschs zu Fragen globaler Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit für alle Berlinerinnen und Berliner gestalten werden.
- Wir haben den **Unternehmerinnentag** finanziell besser ausgestattet, um eine breitere Wahrnehmung zu ermöglichen. Zielgruppe sind gestandene Unternehmerinnen und Geschäftsführerinnen, Gründerinnen und Startup-Unternehmerinnen.
- Wir haben die Weichen gestellt, damit die Bundeshauptstadt **offiziell zertifizierte Fairtrade-Stadt** werden konnte. Eine nachhaltige Wirtschaftspolitik ist uns wichtig. Global fair gehandelte Produkte sind notwendig, damit sich die Produktions- und Arbeitsbedingungen im Ausland verbessern.
- In Berlin bieten rund 30.000 Handwerksbetriebe 180.000 Beschäftigten einen Arbeitsplatz und bilden mehr als 9.300 Auszubildende aus. Um das Handwerk weiter zu stärken wurde das **Aktionsprogramm Handwerk 2018–2020** beschlossen. Die Fachkräftesicherung im Handwerk soll weiter unterstützt werden.
- Wir haben beschlossen, dass der öffentliche Dienst und die landeseigenen Unternehmen auf den Abschluss befristeter Arbeitsverträge ohne sachlichen Grund künftig verzichten. Bei Minderheitsbeteiligungen des Landes wird darauf hingewirkt, dass künftig auf den Abschluss sachgrundlos befristeter Arbeitsverträge verzichtet wird. Der jährliche **Beteiligungsbericht** des Landes wird über die Entwicklung berichten.
- Das **Integrierte Wirtschaftsverkehrskonzept** ist in das Mobilitätsgesetz aufgenommen und beschlossen. Die Details werden aktuell erarbeitet und im Anschluss umgesetzt. Die umfassende Versorgung der Stadt mit Gütern und die Belange der kleinen und mittleren Betriebe sowie der Industrie werden dabei berücksichtigt.



Neue Energie für Berlin

- Wir setzen uns für **bessere Rahmenbedingungen** und bezahlbare Flächen und Räume für kleine Gewerbetreibende und den lokalen Einzelhandel ein.
- Wir haben veranlasst, dass die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und die berlinovo **Gewerberäume** gezielt für kleinteilige Gewerbebetriebe zur Verfügung stellen. Wir stabilisieren damit Quartiere, die besonders von steigenden Gewerbemieten und Verdrängung betroffen sind.
- Wir setzen uns für ein **Gewerbemietrecht** ein, das kleinteilige Einzelhandelsstrukturen sowie bezahlbare Gewerberäume – zum Beispiel für Handwerksbetriebe – absichert.
- Kommunen mit angespanntem Gewerbemietmarkt sollen einen **Gewerbemietspiegel** einführen können, mit dem quartiersgenau Mietobergrenzen festgelegt werden. Dafür haben wir Bundesratsinitiativen initiiert.
- Wir haben die im Jahr 2014 gegründeten **Berliner Stadtwerke** für die Zukunft weiter finanziell abgesichert. Unser Ziel ist es, dass Berlin bis zum Jahr 2050 klimaneutral wird und die regionale und verbrauchernahe Erzeugung von erneuerbaren Energien möglich ist. Der kommunale Versorger unterstützt die Hauptstadt bei der klimaschonenden Stromversorgung öffentlicher Gebäude durch Solaranlagen auf den Dächern der Bezirke, landeseigener Unternehmen und des Senats.
- Die Berliner Stadtwerke bieten als **100 Prozent kommunales Unternehmen** umweltfreundlichen und bezahlbaren Öko-Strom für alle. Durch unsere Gesetzesänderung wurde der Handel mit Strom ermöglicht, so dass alle Berlinerinnen und Berliner Kunden der Stadtwerke sein können. Im Beirat sind Expertinnen und Experten aus der Berliner Stadtgesellschaft vertreten.
- Mit der Änderung des Berliner Energiewendegesetzes und dem Beschluss des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms haben wir die richtigen Weichen für die **Absicherung der Berliner Energieversorgung** gestellt. Für die Umsetzung stehen in den Jahren von 2018–2021 jeweils 22 Millionen Euro zur Verfügung. Zusätzlich gibt es Investitionsmittel in Höhe von 6 Millionen Euro aus dem SIWANA-Topf. Fördermittel des Bundes und der EU kommen hinzu.

22 Millionen Euro jährlich für die Energiewende
500.000 Euro jährlich mehr für das Projekt Bürgerenergie
100 Prozent kommunales Unternehmen Berliner Stadtwerke

- Die **Projektmittel der Mobilitätswende** zur Förderung von Ladeinfrastruktur in Betriebshöfen, Netzintegration, IKT, Mobilitätskonzepte, umweltfreundlicher batterieelektrischer und unmotorisierter Fahrzeuge wurden um rund 3 Millionen Euro auf nunmehr rund 4,5 Millionen Euro weiter aufgestockt.
- Wir haben 2017 die **Energieerzeugung aus der Braunkohle beendet**, die aus der Steinkohle soll bis spätestens 2030 enden. Wir sorgen dabei für Versorgungssicherheit, die maßgeblich für die Berliner Wirtschaftsentwicklung ist und bleibt. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die Beschäftigten und die betroffene Region eine langfristige Transformationsperspektive erhalten, damit der Wandel sozialverträglich gestaltet werden kann.
- Der Haushaltsansatz wurde für das **Projekt Bürgerenergie** für die Jahre 2018 und 2019 um jeweils 500.000 Euro erhöht.
- Wir setzen uns für eine 100-prozentige **Rekommunalisierung** des Gas- und Strom- und des Wärmenetzes ein. Das aktuell erfolgte Gerichtsurteil bestätigt, dass das Vergabeverfahren nicht zu beanstanden war. Damit ist auch die Möglichkeit für eine baldige Vergabeentscheidung durch die Senatsverwaltung für Finanzen gegeben.
- Wir haben das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 (BEK 2030) maßgeblich überarbeitet und beschlossen. Ziel ist es, Strategien zum Umgang mit den veränderten klimatischen Bedingungen in Berlin so umzusetzen, dass die negativen Folgen minimiert werden. Maßnahmen in den Handlungsfeldern Energie, Verkehr, Gebäude und Stadtentwicklung, Wirtschaft, Private Haushalte und Konsum sollen eine **Reduktion von Kohlendioxidemissionen** in der Stadt erwirken. Neben der Einsparung und effizienten Verwendung von Strom, Wärme und Kraftstoffen soll die verstärkte Erzeugung und Nutzung von erneuerbaren Energien erfolgen.



GUTE ARBEIT

Der Personalbedarf in Berlin ist weiter hoch. Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung für die Menschen in unserer Stadt ein. Denn Leistung muss sich lohnen.

- Berlin liegt beim **Jobwachstum** weiter vorne. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse ist weiter gestiegen und liegt erstmals bei über 1,5 Millionen. Die Zahl der arbeitslosen Menschen sinkt kontinuierlich und hat den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung erreicht. (Stand November 2018).
- Sachgrundlose Befristungen sind ein Übel für alle betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust steht ständig im Raum. Ebenso erschwert ein sachgrundlos befristeter Arbeitsvertrag auch das Weiterkommen im Leben. Wir können zwar die Bundesgesetze nicht ändern, haben aber durchgesetzt, dass die sachgrundlosen Befristungen wenigstens für Landesangestellte sowie Angestellte der landeseigenen Unternehmen und deren Töchter beendet werden. Uns ist wichtig, dass Angestellte in ihrem unmittelbaren Verantwortungsbereich in gesicherten, verlässlichen und sozialen Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind. **Tariflose Zustände in Töchterunternehmen des Landes Berlins müssen endlich beendet werden.** Wer vom Land Berlin finanziert wird, muss gute Arbeitsbedingungen sicherstellen und dazu gehört auch der Abschluss eines Tarifvertrages.
- Wir haben den **Berliner Mindestlohn** auf 9 Euro pro Stunde angehoben. Das Mindestentgelt gilt für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesbetriebe und im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor und der Verwaltung.
- Auch im Berliner **Ausschreibungs- und Vergabegesetz** haben wir den Mindestlohn festgeschrieben. Firmen, die öffentliche Aufträge vom Land Berlin bekommen, müssen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mindestens 9 Euro pro Stunde bezahlen. Damit kommen Unternehmen mit Dumpinglöhnen bei öffentlichen Aufträgen nicht mehr zum Zuge. Nur faire Unternehmen können sich an Ausschreibungen beteiligen. Dies sichert Arbeitsplätze in regionalen kleinen und mittleren Unternehmen.
- Mit 9 Euro geben wir uns aber nicht zufrieden. Das Ziel sind Löhne, von denen man im Alter auch eine Rente bekommt, von der man leben kann. Der **Berliner Mindestlohn wird zeitnah stark ansteigen.** Dafür stehen wir ein.
- Bei der Besetzung von **Frauen in Führungspositionen** verzeichnen wir bei den Landesunternehmen Erfolge. Frauen üben die Mehrheit der Aufsichtsratsmandate aus, bei den Geschäftsleitungspositionen beträgt der Frauenanteil 41,5 Prozent. Unser Ziel ist die gleichberechtigte Besetzung aller Führungspositionen.
- Wir bekämpfen weiter entschieden Langzeitarbeitslosigkeit und haben für das **Jobcoaching** in beiden Haushaltsjahren jeweils über 2 Millionen Euro mehr veranschlagt. Langzeitarbeitslose, die an einer Beschäftigungsmaßnahme teilnehmen, konnten in den vergangenen Jahren durch dieses Betreuungsmodell doppelt so häufig in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden.

- Wir haben in den letzten Jahren weitreichende **Verbesserungen bei der Bezahlung** des Berliner Landespersonals erstritten. Seit Ende 2017 werden wieder alle Berliner Angestellten zu 100 Prozent gleich wie Angestellte anderer Bundesländer gemäß der Tarifgemeinschaft der Länder bezahlt. Für die Berliner Beamtinnen und Beamten wird 2021 der Besoldungsdurchschnitt der Länder erreicht sein. Wir haben dieses Ziel mit den aktuellen Entscheidungen im Haushalt 2018/19 zum Vorziehen des Besoldungsanpassungstermins auf Juni 2018 bzw. April 2019 und zur ersatzlosen Abschaffung der Selbstbeteiligung bei der Beihilfe (Kostendämpfungspauschale) im Jahr 2018 nochmals beschleunigt.
- Mit der Beteiligung an der einzigen **Transfergesellschaft für Air Berlin-Beschäftigte** ist die Hauptstadt bundesweit Vorbild. Die CSU- bzw. CDU-geführten Regierungen von Bayern, NRW und Bund hatten dies abgelehnt. Gute Bilanz: 87 Prozent der 838 MitarbeiterInnen der insolvent gegangenen Airline haben über die Transfergesellschaft nahtlos einen neuen Arbeitsplatz gefunden. Das Land Berlin hat deren Gründung mit 11,5 Millionen Euro unterstützt.
- Mit dem **Runden Tisch Sexarbeit** soll ein fester Rahmen für verbesserte Arbeitsbedingungen in der Branche gesetzt werden, in klarer Abgrenzung zu sexueller Ausbeutung und Nötigung unter Einbeziehung wissenschaftlicher Expertise.

9 Euro pro Stunde beträgt der Berliner Mindestlohn

über 2 Millionen Euro jährlich mehr für Jobcoaching

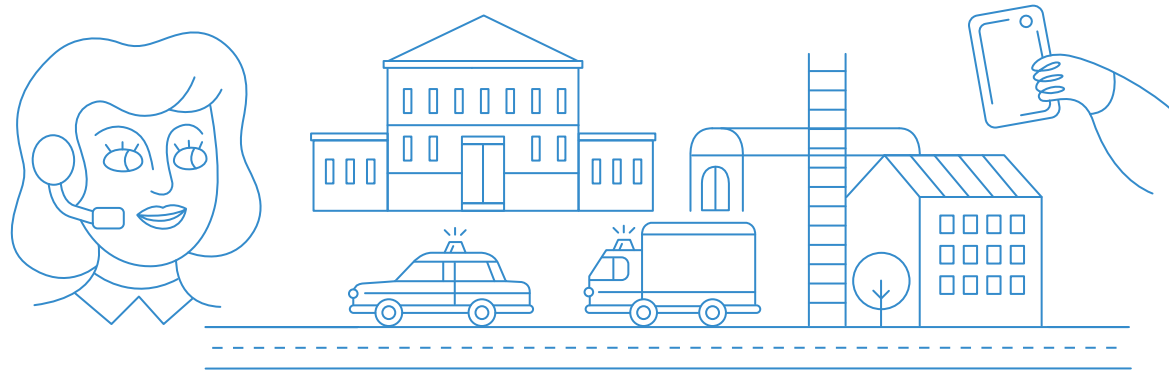
51 Prozent weibliche Aufsichtsratsmandate bei den Berliner Landesunternehmen

- Wir setzen uns für **bessere Ausbildungs- und Übernahmebedingungen** im öffentlichen Dienst ein. An der Schnittstelle zur Integrationspolitik arbeiten wir an der Vereinfachung des Prozederes der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse.
- Mit Veranstaltungen – ausbildungspolitische Fachgespräche, Ausbildungskonferenz mit Workshops – haben wir die Akteure der beruflichen Ausbildung zu Diskussion und Beratungen zur **Verbesserung und Weiterentwicklung der dualen Ausbildung** an einen Tisch gebracht. Die Ergebnisse dieser Veranstaltungen werden in die parlamentarische Arbeit einfließen.



SICHER UNTERWEGS IN DER METROPOLE

Wir bekämpfen Kriminalität und deren Ursachen
konsequent. Unsere Einsatzkräfte und
Strafverfolgungsbehörden werden dafür weiter
besser ausgestattet.



- Die Berliner Polizistinnen und Polizisten werden mit **Dienst-Smartphones und -Tablets** mit speziellen Apps für die Polizeiarbeit und besonderer Verschlüsselungstechnik ausgerüstet. Berlin ist damit eins von fünf Bundesländern, das seine Polizisten mit moderner Kommunikationstechnik ausstattet. Ende Oktober waren bereits 800 Tablets in zwei Größen und 280 Smartphones ausgeliefert. In allen 230 Streifenwagen wird dann jeweils ein Gerät zur Standardausrüstung gehören. Auch die Bereitschaftspolizei erhält Tablets für die Mannschaftswagen, ebenso wie die Verkehrsdienste.
- Wir haben Haushaltsmittel für über **800 neue Stellen bei der Polizei** und über **350 Stellen bei der Feuerwehr** bereit gestellt. Außerdem wurden bei der Polizei die Ausbildungskapazitäten aufgestockt und der Beförderungstau wird abgebaut.
- Für die im Dezember 2017 eingerichtete neue **Polizeiwache auf dem Alexanderplatz**, an der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsamtes und Einsatzkräfte der Landes- und Bundespolizei rund um die Uhr erreichbar sind, gibt es seit dem 1. März 2018 einen eigens zuständigen Staatsanwalt.

- Bei der Justizverwaltung wird eine **zentrale Anlaufstelle für Opfer von Terroranschlägen** eingerichtet. Ebenfalls bei der Justizverwaltung gibt es einen **Opferbeauftragten** des Landes Berlin, der Ansprechpartner für die Opfer von Gewalttaten ist. Wir wollen Opfern von Gewalt- und Terroranschlägen schnelle und unbürokratische Hilfe anbieten.
- Die **Feuerwehruzulage** wird rückwirkend auf 133,75 Euro erhöht und der Kreis der erweitert. 2018 wurden rund 200 Beamtinnen und Beamte des feuerwehrtechnischen Dienstes befördert. 275 Anwärtinnen und Anwärtern wurden im mittleren feuerwehrtechnischen Dienst eingestellt. Die Notfallsanitäterinnen und -sanitäter werden besser bezahlt.
- Mit dem Nachtragshaushalt 2018/19 haben wir für die Berliner Feuerwehr zusätzliche Finanzmittel in Höhe von 10 Millionen Euro bereit gestellt, damit dringend benötigte Löschfahrzeuge gekauft werden können. Dabei haben wir dafür gesorgt, dass die gleiche Summe auch in den Jahren 2020 und 2021 für Löschfahrzeuge zur Verfügung steht, die jetzt bereits bestellt werden können. Es ist also bereits gesichert, dass die Berliner Feuerwehr in diesen drei Jahren insgesamt **30 Millionen Euro für neue Löschfahrzeuge** ausgeben kann.

- Wir haben den Verfassungsschutz mit 10 zusätzlichen Stellen vor allem für die **Bekämpfung von Extremismus und islamistischem Terrorismus** gestärkt.
- Wir haben den **Kampf gegen die Organisierte Kriminalität** entscheidend verbessert durch die konsequente Anwendung des Gesetzes zur Reform der Vermögensabschöpfung, welches zum 1. Juli 2017 in Kraft getreten ist. Im Jahr 2017 gab es in 791 Verfahren rechtskräftige Einziehungsentscheidungen, im Jahr 2018 erfolgten allein bis zum 18. Juli 2018 in 2066 Verfahren rechtskräftige Einziehungsentscheidungen. Für das Jahr 2017 beläuft sich die Gesamtsumme der rechtskräftigen Einziehungsentscheidungen bei den Strafverfolgungsbehörden auf einen Betrag von rund 19 Millionen Euro und für das Jahr 2018 (Stichtag 18. Juli 2018) auf über 22 Millionen Euro.
- Mit den Mitteln für bis zu **20 neue Blitzer** werden Unfallschwerpunkte im Berliner Stadtgebiet entschärft.

- **Jugendstrafverfahren** werden effektiver geführt. Dafür arbeiten mehr Staatsanwältinnen und Staatsanwälte ortsbezogen, sodass ein Gleichlauf mit den Gerichten, der Jugendgerichtshilfe und der Polizei entsteht. Dieses Modell bestand bereits in Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg. Es wurde 2018 in Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick eingeführt. 2019 folgen Spandau und Charlottenburg-Wilmersdorf. Der Ausbau auf ganz Berlin ist geplant.
- Wir haben im Amtsgericht Mitte und Amtsgericht Lichtenberg als Pilotprojekt je einen **digitalen Gerichtssaal** mit WLAN, Beamer und Dokumentenscanner eingerichtet.
- Die Arbeit der **Gewaltschutzambulanz** der Charité hat sich bewährt. Ihr Angebot wird zeitlich ausgeweitet und wir finanzieren sie künftig mit einer Million Euro pro Jahr. Sie bietet eine vertrauliche Spurensicherung bei Gewalttaten und für Opfer sexualisierter Gewalt. Verletzungen werden rechtsmedizinisch und damit gerichtsfest dokumentiert und konkrete Hilfsangebote unterbreitet.

30 Millionen Euro für neue Löschfahrzeuge
über 1000 Dienst-Smartphones und-Tablets für die Polizei
1 Million Euro jährlich für die Gewaltschutzambulanz

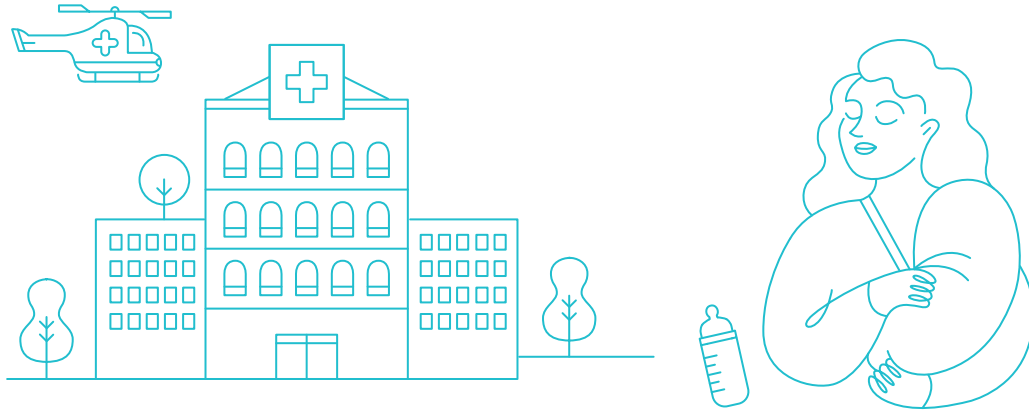
- Das Abgeordnetenhaus hat mit dem Antrag „**Gegen jeden Antisemitismus! – Jüdisches Leben in Berlin schützen**“ jede Form des Antisemitismus aufs Schärfste verurteilt. Dieses Bekenntnis schließt ausdrücklich den sekundären und israelbezogenen Antisemitismus mit ein. Berlin steht solidarisch zu Israel und bekennt sich zu Israels Existenz- und Selbstverteidigungsrecht und zur historischen Verantwortung aus dem Holocaust und einer demokratischen Erinnerungskultur. Das beinhaltet auch die finanzielle Absicherung der vielfältigen Gedenk- und Erinnerungsarbeit und das Gedenken an die Opfer.
- Außerdem werden zusätzliche Mittel in Höhe von 135.000 Euro bereitgestellt, um die **pädagogische Arbeit an Schulen** auszubauen und Recherche und Dokumentation zu stärken.
- In der Generalstaatsanwaltschaft Berlin wurde am 1. September 2018 die Funktion einer „**Antisemitismusbeauftragten der Generalstaatsanwaltschaft Berlin**“ eingerichtet. Sie vertieft gemeinsam mit der zuständigen Fachabteilung der Staatsanwaltschaft Berlin den Kontakt mit Institutionen und Organisationen jüdischen Lebens in Berlin.
- Wir unterstützen bewährte Projekte wie das **Landesprogramm** „Demokratie. Respekt. Vielfalt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ und Projekte für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt werden mit zusätzlichen Mitteln gefördert.
- Die **Landesantidiskriminierungsstelle** wurde mit fünf Personalstellen und zusätzlichen Sachmitteln gestärkt und fit für die wachsenden Anforderungen gemacht.
- Wir unterstützen das **Tierheim Berlin** wegen seiner gestadtischen wichtigen Aufgabe mit über 300.000 Euro aus dem Landeshaushalt. Von dieser finanziellen Unterstützung wurde unter anderem ein dringend benötigtes Multicar für das Tierheim angeschafft.

- Berlin hat ergänzend zur hauptamtlichen Tierschutzbeauftragten einen **Tierschutzbeirat**. Die 12 Mitglieder des Beirates kommen sowohl aus der Wissenschaft, als auch aus dem Bereich des Tierschutzes. Unter ihnen sind Tierärztinnen und Tierärzte ebenso wie Juristinnen und Juristen.
- Wir haben die **EU-Datenschutzgrundverordnung** zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und die EU-Richtlinie zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr in Berliner Landesrecht umgesetzt. Damit wird das Recht der Berlinerinnen und Berliner auf den Schutz ihrer Daten deutlich gestärkt und auch im Internet besser geschützt. Mit der Datenschutzgrundverordnung gibt es jetzt einheitliche Regelungen in Europa für die analoge und die digitale Welt, und es gibt auch stärkere Instrumente für die Aufsichtsbehörden in Berlin.
- Wir haben uns sehr intensiv mit dem Thema des Identitätsdiebstahls befasst, bei denen Betrüger im Internet Waren bestellen, dabei die Personalien echter Personen angeben, aber die Ware an eine fremde Adresse liefern lassen. Die Opfer des Identitätsdiebstahls müssen sich auf eigenen Kosten gegen die Zahlungsforderungen der Warenhäuser zu Wehr setzen und haben Rückstufungen ihrer Kreditwürdigkeit bei Scoring-Unternehmen wie der SCHUFA abzuwehren. Dazu haben wir eine Anhörung im Hauptausschuss veranlasst und bereiten bundesgesetzliche Änderungen zum **Schutz vor Identitätsdiebstahl** vor, die in einer Bundesratsinitiative münden sollen.



GESUNDES BERLIN

Alle müssen Zugang zur guten medizinischen Versorgung in unserer Stadt haben. Wir investieren massiv in unsere Krankenhäuser und bauen Beratungs- und Unterstützungsangebote aus.



- Die **medizinische Versorgung** in Berlin ist auf hohem Niveau. Wir sorgen dafür, dass das so bleibt, und sichern den Zugang zu Gesundheitsversorgung und Prävention für alle. Die Menschen in unserer Stadt sind auf funktionierende kommunale Kliniken angewiesen, deshalb investieren wir massiv in unsere Krankenhäuser.
- Wir haben die **Investitionsquote** des Landes in der Krankenhausversorgung auf den Bundesdurchschnitt angehoben. Die auf Grundlage des Haushalts verfügbaren Krankenhausinvestitionsmittel steigen von 140 Millionen Euro im Jahr 2018 und auf 160 Millionen im Jahr 2019.
- Den **Öffentlichen Gesundheitsdienst** bauen wir aus, bis 2021 werden 400 neue Stellen geschaffen. Um ärztliches Fachpersonal leichter für den öffentlichen Dienst gewinnen zu können, ermöglichen wir Einzelfallregelungen und Sonderarbeitsverträge.

- Wir unterstützen **Menschen ohne Krankenversicherung**, die ärztliche Hilfe brauchen. Eine Clearingstelle vermittelt in die Versicherung oder hilft bei der Versorgung über andere gesetzliche Ansprüche. Der anonyme Krankenschein wird eingeführt.
- Mit verschiedenen Projekten beugen wir riskantem Drogenkonsum und Abhängigkeit vor. Die Fachstelle für Suchtprävention erhält jährlich zusätzlich 330.000 Euro. Außerdem fördern wir **Drug-Checking** und die Weiterentwicklung von Drogenkonsumräumen, um die Begleitrisiken von Drogenkonsum zu vermindern.
- Es wird ein Konzept für ein wissenschaftlich begleitetes **Modellprojekt zur kontrollierten Abgabe von Cannabis** an Erwachsene erarbeitet.

- Mit **Babylotsen** an den Geburtsstationen der Berliner Krankenhäuser bieten wir Familien Unterstützung und Hilfe, um Kindeswohlgefährdungen vorzubeugen. Für ein berlinweites Angebot stellen wir 1,5 Millionen Euro jährlich zur Verfügung.
- Die Zahl der Geburten steigt. Um die bestmögliche Versorgung von Mutter und Kind zu gewährleisten, unterstützt das Land Berlin den **Bau neuer Kreißsäle** mit 20 Millionen Euro. Die Hebammenschulen werden ihre Kapazitäten bis 2020 um 64 Prozent steigern.
- Das **Integrierte Gesundheitsprogramm** sichert Angebote von mehr als 100 Projekten im Bereich Gesundheitsförderung, Versorgung und Prävention langfristig ab. Wir haben es um 1,2 Millionen Euro jährlich verstärkt unter anderem für die Nachsorge bei Frühgeborenen und für Suizidprävention.
- Bis 2030 wollen wir erreichen, dass niemand mehr an Aids erkrankt. Den Bereich **HIV-Prävention und -Therapie** haben wir deshalb deutlich gestärkt. Mit der Prä-Expositions-Prophylaxe (PrEP) gibt es erstmals die Möglichkeit, Neuinfektionen grundsätzlich zu verhindern. Menschen, die gefährdet sind, sich zu infizieren, die sich diese Präventionsmethode aber nicht leisten können, unterstützen wir. Zusätzlich haben wir das bundesweit einzigartige Projekt Checkpoint BLN rund um Prävention, Diagnostik und Behandlung von HIV und anderen Geschlechtskrankheiten eingerichtet. Ratsuchende erhalten dort Beratung und medizinische Versorgung durch spezialisierte Ärzte.

300 Millionen Euro Krankenhaus-
investitionsmittel

1,2 Millionen Euro jährlich für das
Integrierte Gesundheits-
programm

20 Millionen Euro für den Bau
neuer Kreißsäle

Gute Pflege

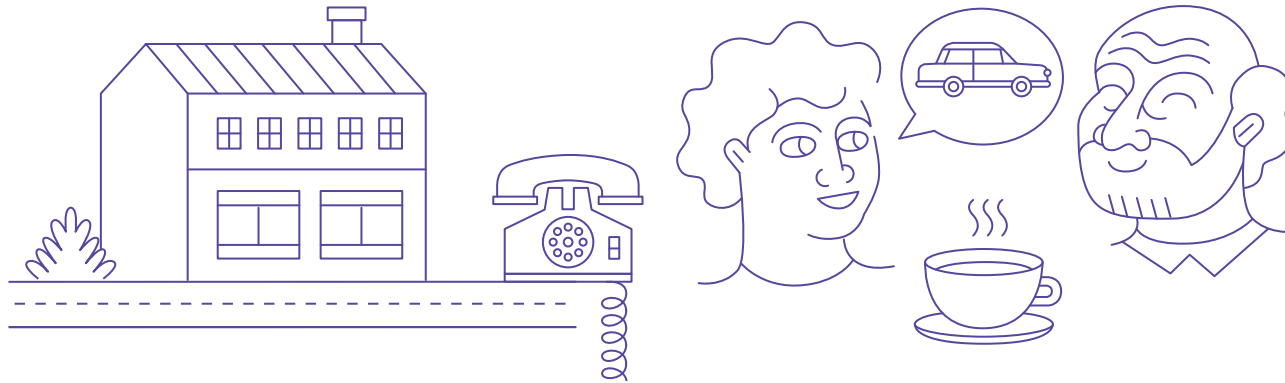
- Wir verbessern die **Notfallversorgung**: Die digitale Plattform IVENA verknüpft Notfallrettungsdienst und Krankenhäuser. Damit wissen die Rettungsdienste schneller, in welcher Rettungsstelle die Kapazitäten sind, um den Patienten gut versorgen zu können. Die Suche nach dem bestmöglichen Krankenhaus wird deutlich beschleunigt.
- Durch das Präventionsgesetz stehen in Berlin rund 20 Millionen Euro für **Gesundheitsförderung und Prävention** zur Verfügung. Mit der Landesrahmenvereinbarung sorgen wir für eine gute Abstimmung der Maßnahmen insbesondere von Sozialkassen, Senatsverwaltungen und Bezirken. Das Land Berlin fördert die Primärprävention zusätzlich mit rund 2 Millionen Euro.
- Wir stärken **Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen** und schaffen unter anderem 30 zusätzliche Frauenhausplätze. Das Unterstützungssystem bei häuslicher Gewalt an Frauen wird so ausgestattet, dass psychisch besonders belastete, kranke, suchtmittelabhängige, oder von sexualisierter Gewalt betroffene behinderte Frauen besser betreut werden können.
- Wir bauen die **Beratungs- und Unterstützungsangebote** für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen aus. Die 36 Berliner Pflegestützpunkte wurden gestärkt, um effektiv über die Versorgungsstruktur informieren zu können. Ein Schwerpunkt liegt bei der kultursensiblen Pflege.
- Die Heimaufsicht leistet einen wichtigen Beitrag zur guten Versorgung Pflegebedürftiger, indem sie stationäre Pflegeeinrichtungen überwacht und berät. Wir haben die **Heimaufsicht personell verstärkt**, die Zahl der nicht angemeldeten Prüfungen konnte deutlich gesteigert werden.
- Im Bundesrat haben wir die Initiative für verbindliche und umfassende Personaluntergrenzen in der Pflege ergriffen. Unser Ziel ist eine **bedarfsgerechte Personalausstattung** und der Ausbau von Ausbildungsplätzen.

- Die Pflegekräfte der ambulanten Pflegedienste in Berlin erhalten seit März 2018 mehr Lohn. Die Pflegedienste erhalten bis zu 6 Prozent mehr für ihre Leistungen von den Pflegekassen und dem Land Berlin, wenn sie den Großteil als **Gehaltssteigerung** an ihre Pflegekräfte weitergeben.
- Die **Beratungsstelle Pflege in Not** bietet mit dem Projekt „echt unersetzlich...!“ Informationen und eine Onlineberatung für junge Menschen an, die in die Pflege und Betreuung eines Menschen in der Familie stark eingebunden sind. Berlin bietet damit das erste krankheitsübergreifende Beratungsangebot dieser Art in Deutschland an.
- Gegen kriminell agierende Pflegedienste gehen wir vor: Bezirksämter, Staatsanwaltschaft und Landeskriminalamt wurden zur **Aufklärung von Betrug** in der ambulanten Pflege personell gestärkt.
- Technische und digitale **Innovationen in der Pflege** können dazu beitragen, die Qualität der Pflege zu verbessern und den pflegebedürftigen Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Wir fördern die Entwicklung konkreter Maßnahmen.



SOZIALER ZUSAMMENHALT

Wir unterstützen Menschen in besonderen sozialen Lagen bedarfsgerecht und erweitern die Beratungs- und Hilfsangebote. Außerdem stärken wir die soziale Infrastruktur.



- Die **Beratungsangebote für Hilfesuchende** im sozialen Bereich werden weiterhin ausgebaut. Bei der bezirklichen Schuldner- und Insolvenzberatung wurden neben der tariflichen Anpassung des Personals insbesondere die Beratungsangebote ausgebaut, damit die Wartezeiten reduziert werden. Dafür stehen im Jahr 2019 zusätzlich 2,3 Millionen Euro zur Verfügung. Mit der unabhängigen Energieschuldenberatung reagieren wir auf den besorgniserregenden Anstieg der Stromsperren. Wir stärken die Bezirke, damit in jedem Bezirk verlässlich eine unabhängige Sozialberatung für Hilfesuchende angeboten wird. Dafür haben wir den Bezirken insgesamt bis zu 1,2 Millionen Euro pro Jahr bereitgestellt.
- Die **soziale Infrastruktur in den Stadtteilen und Kiezen** ist uns wichtig. Mehr als 50 Berliner Nachbarschaftszentren, Selbsthilfe-, Kontakt- und Beratungsstellen, Seniorenprojekte und weitere überregional wirkende Projekte zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, der Selbsthilfe und zur Stärkung des interkulturellen Miteinanders werden über das Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren bis Ende 2020 garantiert.
- Mit dem **Zweckentfremdungsverbotsgesetz** wollen wir günstigen Wohnraum, aber auch die vorhandenen sozialen Einrichtungen erhalten.
- Die **Altenhilfe** ist uns wichtig und wir stärken insbesondere die Prävention, zum Beispiel mit Projekten im Integrierten Sozialprogramm. Die Unterstützung der Seniorenvertretung auf Bezirks- und Landesebene ist uns wichtig.
- Das **Landespflegegeldgesetz** wird angepasst, so dass soziale Härten für Betroffene besser abgefedert werden.
- Das Angebot im **berlinpass** wird erweitert. So wie der Kreis der Anspruchsberechtigten für den berlinpass um die Wohngeldempfängerinnen und -empfänger erweitert wurde. Sie erhalten vergünstigten Eintritt bei Kultur-, Bildungs-, Sport- und Freizeitangeboten. Künftig sollen auch Tierpark und Zoo ermäßigten Eintritt für berlinpass-Berechtigte anbieten.

- In Berlin gibt es rund 100.000 **Alleinerziehende**, das sind knapp 30 Prozent aller Haushalte mit minderjährigen Kindern. 90 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen. Alleinerziehende haben oft viele Fragen und Probleme. In fünf bezirklichen Anlaufstellen bekommen sie Hilfe aus einer Hand, ob bei der Suche nach einer Wohnung, einem Arbeits- oder Ausbildungsplatz, bei Problemen mit der Kinderbetreuung oder bei Verschuldung.
- Seit 100 Jahren können Frauen wählen und gewählt werden – ein Meilenstein in der Geschichte der Demokratie und der Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Wir arbeiten dafür, das Umsetzungstempo zukunftsweisender Gleichstellungspolitik zu erhöhen, damit **gleichberechtigte Teilhabe** in allen gesellschaftlichen Bereichen Realität werden kann.
- Wir fördern die **beruflichen Chancen von Mädchen**. Die landeseigenen Unternehmen haben wir verpflichtet, die Hälfte ihrer Ausbildungsplätze an junge Frauen zu vergeben. Sie sollen Mädchen auch aktiv ermutigen, sich für technische Ausbildungsberufe zu bewerben.



- Wir haben den **Frauentag am 8. März** als zusätzlichen gesetzlichen Feiertag auf den Weg gebracht mit einem entsprechenden Antrag zur Änderung des Sonn- und Feiertagsgesetzes.
- Wir entwickeln die **Initiative Sexuelle Vielfalt** weiter. Mit der Einrichtung der Fachstelle zur Beratung von inter- und transgeschlechtlichen Menschen sind wir bundesweit Vorreiter. Unterstützt wird auch die Opferhilfe und Gewaltprävention für lesbische Frauen.
- Damit Frauen nach einem **Aufenthalt im Frauenhaus** bezahlbaren Wohnraum finden, haben wir die Zusammenarbeit mit den Wohnungsunternehmen erweitert.

- Im Bundesrat wollen wir erreichen, dass die **ehrenamtlich Aktiven in den Vereinen** mehr Zeit für ihre eigentliche Arbeit haben und von Verwaltungsaufgaben entlastet werden. Vor allem kleine Vereine, die von Ehrenamtlichen geführt werden, sollen durch eine Anhebung der Freigrenze des § 64 Absatz 3 Abgabenordnung von 35.000 auf 45.000 Euro entlastet werden.
- Rund ein Drittel der Berlinerinnen und Berliner engagiert sich freiwillig für ein gutes Zusammenleben in unserer Stadt. **Freiwilligenagenturen** vermitteln Menschen in ein freiwilliges Engagement, das zu ihnen passt und ihren Interessen entspricht. Wir fördern den Auf- und Ausbau von Freiwilligenagenturen in den Bezirken.
- **Gute und günstige Mobilität** für alle und die Entlastung der Familien ist unser Ziel. Junge Menschen, die sich in Freiwilligendiensten für die Gesellschaft engagieren, werden von kostenlosen Angeboten profitieren. Wir haben im Haushalt 2018/19 den Preis für das Sozialticket für die öffentlichen Verkehrsmittel auf 27,50 Euro im Monat gesenkt. Künftig können es auch Menschen, die Wohngeld beziehen, und Bürgerinnen und Bürger mit DDR-Opferrente erhalten. Auch das Azubi-Ticket und das Job-Ticket wurden schon preiswerter.
- Als Sprach- und Kulturmittler erfüllen die **Stadtteilmütter und Integrationslotsen** eine wichtige Aufgabe für den sozialen Zusammenhalt in den Stadtteilen. Daher unterstützen wir weiterhin diese Projekte.
- Wir fördern die **Aktion #FARBENBEKENNEN**, die zeigt, dass Geflüchtete der Gesellschaft durch ihr persönliches Engagement viel zurückgeben. 2018 wurde erstmals der #FARBENBEKENNEN-Award für den besonderen Einsatz von Geflüchteten verliehen. Ausgezeichnet werden Initiativen, die Begegnungen zwischen Menschen aus unterschiedlichen Lebenswelten schaffen und helfen, Vorurteile abzubauen und zum friedlichen Miteinander in der Stadt beizutragen.
- Wir haben ein eigenes **Landes-Aufnahmeprogramm für Flüchtlinge**, deren Schutz in Erstaufnahmestaaten nicht gewährleistet werden kann und die daher darauf angewiesen sind, in anderen Staaten neuangesiedelt zu werden, auf den Weg gebracht. Ein Teil des Programms soll sich auf die Aufnahme von Binnenvertriebenen aus dem Irak beziehen, vor allem auf Jesidinnen, die Opfer von ISIS wurden und denen es nicht zugemutet werden kann, im Nord-Irak zu bleiben.
- Wir haben die notwendigen Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die **Unterbringung von Geflüchteten** langfristig grundsätzlich dezentral und in Wohnungen statt in Sammelunterkünften zu organisieren. Gleichzeitig haben wir sichergestellt, dass so lange das Land Berlin geflüchtete Menschen in Gemeinschaftsunterkünften unterbringen muss, dort hohe Qualitätsstandards bezüglich der Unterbringungsbedingungen sichergestellt sind.

27,50 Euro kostet das Sozialticket jetzt nur noch im Monat

1,5 Millionen Euro für das Inklusionstaxi

2,3 Millionen Euro zusätzlich für die bezirkliche Schuldner- und Insolvenzberatung

- Der von unserer Fraktion initiierte „**Integrationspolitische Dialog**“ mit den relevanten Gruppen und Organisationen stellt sicher, dass die Betroffenen in den politischen Prozess eingebunden sind.
- Die **Kältehilfe** wird auf die Monate Oktober und April ausgedehnt mit jeweils 500 zusätzlichen Plätzen und mit einer zentrale Koordinierung besser gesteuert. Außerdem werden Modellprojekte zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit finanziert und die speziellen Angebote für obdachlose Frauen ausgebaut. Auch Krankenwohnungen für obdachlose Menschen werden eingerichtet.
- Neben der Verbesserung der Kältehilfe und der Verbesserung der Hygienesituation für Obdachlose liegt der Fokus im Bereich Soziales auf dem Thema **Prävention von Wohnungslosigkeit**. Ständig tagende Arbeitsgruppen erarbeiten ein Konzept, um der Wohnungslosigkeit zu begegnen. Bei der Bekämpfung der Obdachlosigkeit wollen wir „Housing first“ in den Vordergrund stellen. Damit sollen Wohnungslose zuerst eine Wohnung und dann die sozial unterstützenden Angebote bekommen.
- Wir wollen ermöglichen, dass alle **Wahlen in Berlin bis 2019 barrierefrei** sind. Der entsprechende Antrag der Koalitionsfraktionen ist im Parlament einstimmig beschlossen worden. Dabei geht es um den barrierefreien Zugang zu allen Wahllokalen, die Bereitstellung von Hilfsschablonen für blinde und sehbehinderte Menschen und Informationen zur Wahl in leicht verständlicher Sprache.
- Wir haben die Anschubfinanzierung für das **Inklusionstaxi** mit 1,5 Millionen Euro im Doppelhaushalt gesichert. Das Projekt soll Menschen im Rollstuhl ermöglichen, spontan ein barrierefreies Taxi zu bestellen, und damit ihre individuelle Mobilität und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben stärken.



VIELFÄLTIGE KULTUR

Unsere Opernhäuser, Museen, Theater, die Philharmonie und Mauerkunst ziehen jedes Jahr Millionen von Besucherinnen und Besuchern an. Kultur in Berlin ist bunt, lebendig und für alle da.

- Wir machen **Kunst und Kultur für alle Berlinerinnen und Berliner**. Deshalb unterstützen wir über 100 Einrichtungen, Institutionen, Kompagnien und künstlerische Gruppen unterschiedlicher Größe mit 550 Millionen Euro jedes Jahr, damit sich die künstlerische Arbeit der Berliner Kulturschaffenden weiterentwickeln kann.
- Wir unterstützen Theater, Tanz und Orchester mit 319 Millionen Euro, unsere Opern mit 150 Millionen Euro, das Deutsche Theater mit 25 Millionen Euro und den Friedrichstadtpalast mit über 11 Millionen Euro. Deshalb profitieren 3 Millionen Besucherinnen und Besucher in über 8500 Vorstellungen von **günstigeren Eintrittspreisen**.
- Wer in der Kultur arbeitet, muss davon leben können. Deshalb haben wir dafür gesorgt, dass das Personal in Kultureinrichtungen besser bezahlt wird und Ausstellerinnen und Aussteller in kommunalen Galerien **höhere Honorare** erhalten. Dafür geben wir 18 Millionen Euro jedes Jahr.
- Für uns spielt Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche eine besondere Rolle, weil **Kultur schon für die Kleinsten und Kleinen** wichtig ist. Deshalb unterstützen wir Theater mit Angeboten alleine für Kinder und Jugendliche mit einer Million Euro.
- In 300 Chören singen über 10.000 Berlinerinnen und Berliner von Jung bis Alt. Von Bach bis Beyoncé erlernen sie jedes Repertoire in ihrer Freizeit. Deshalb unterstützen wir die **Berliner Chöre** noch stärker und stellen jährlich 1,3 Millionen Euro bereit.
- Das **Naturkundemuseum** ist ein alter Knochen – und eines der beliebtesten Museen Berlins bei Groß und Klein. Seine Sanierung ist uns zusammen mit dem Bund 660 Millionen Euro wert. Denn es verbindet viel beachtete Ausstellungen, Veranstaltungen und Forschung. Und es beherbergt das weltweit größte Dinosaurierskelett, erklärt das Sonnensystem und zeigt die Artenvielfalt und Schönheit unserer Natur.
- Die **Zentral- und Landesbibliothek** ist die meist besuchte Kultureinrichtung Berlins. Weil Besucherzahlen steigen und digitale Medien stärker gebraucht werden, braucht die ZLB mehr Platz. Dafür bauen wir eine neue Bibliothek am Standort der Amerika-Gedenkbibliothek. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass Bibliotheken auch in Zukunft digital und einfach nutzbar sind.

550 Millionen Euro jährlich für Kunst und Kultur in Berlin

1 Million Euro für Angebote für Kinder und Jugendliche

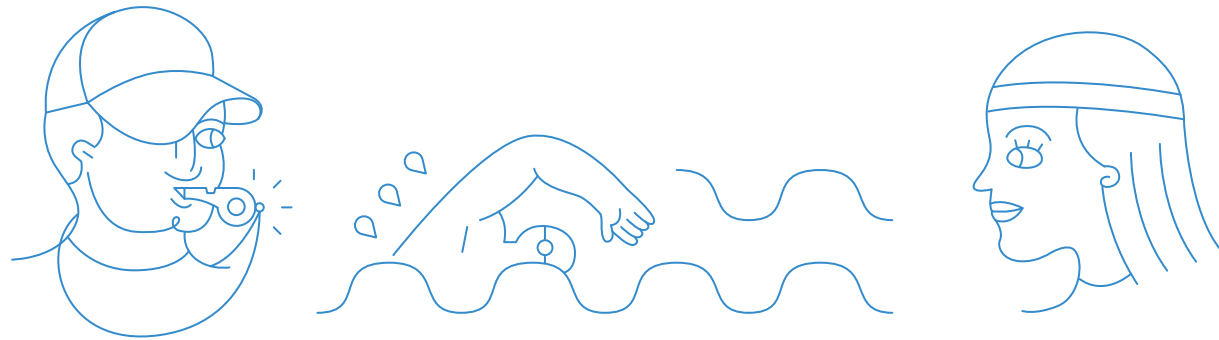
660 Millionen Euro von Bund und Land für die Sanierung des Naturkundemuseums

- Berlin ist Deutschlands **Filmstandort Nr. 1**. Über 200 Film- und Serienprojekte haben wir 2017 mit knapp 30 Millionen Euro gefördert. So konnten wir 5000 Drehtage in Berlin und Brandenburg und weltweit erfolgreiches Kino wie den Publikumsliebbling „Berlin Babylon“ ermöglichen. Damit auch in der Nachbarschaft Kino ein Familienerlebnis bleibt, fördern wir kleine Kinos mit Kinder- und Jugendprogrammen.
- Demokratie war lange eine sichere Grundlage für uns. In letzter Zeit sehen wir sie in vielen Ländern – auch in Europa – infrage gestellt. Deshalb unterstützen wir Gedenkstätten und Orte der **Demokratiegeschichte**, die uns daran erinnern, dass Demokratie auch in unserem Land keine Selbstverständlichkeit ist.
- Wir fühlen uns der Stärkung des europäischen Miteinanders verpflichtet. Weil Europa mehr als eine Wirtschaftsunion ist, setzen wir uns für gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort ein. Uns ist auch wichtig, dass sich Städte und Regionen in Europa besser vernetzen. Damit Berlin seine Erfahrungen austauschen kann, haben wir uns für weitere **Städtepartnerschaften** eingesetzt.



SPORTMETROPOLE BERLIN

Wir fördern gleichberechtigt Breitensport und Leistungssport und sorgen dafür, dass Berlin weiter eine erfolgreiche Stadt des Sports bleibt. Und wir sanieren unsere Bäder und Sportanlagen.



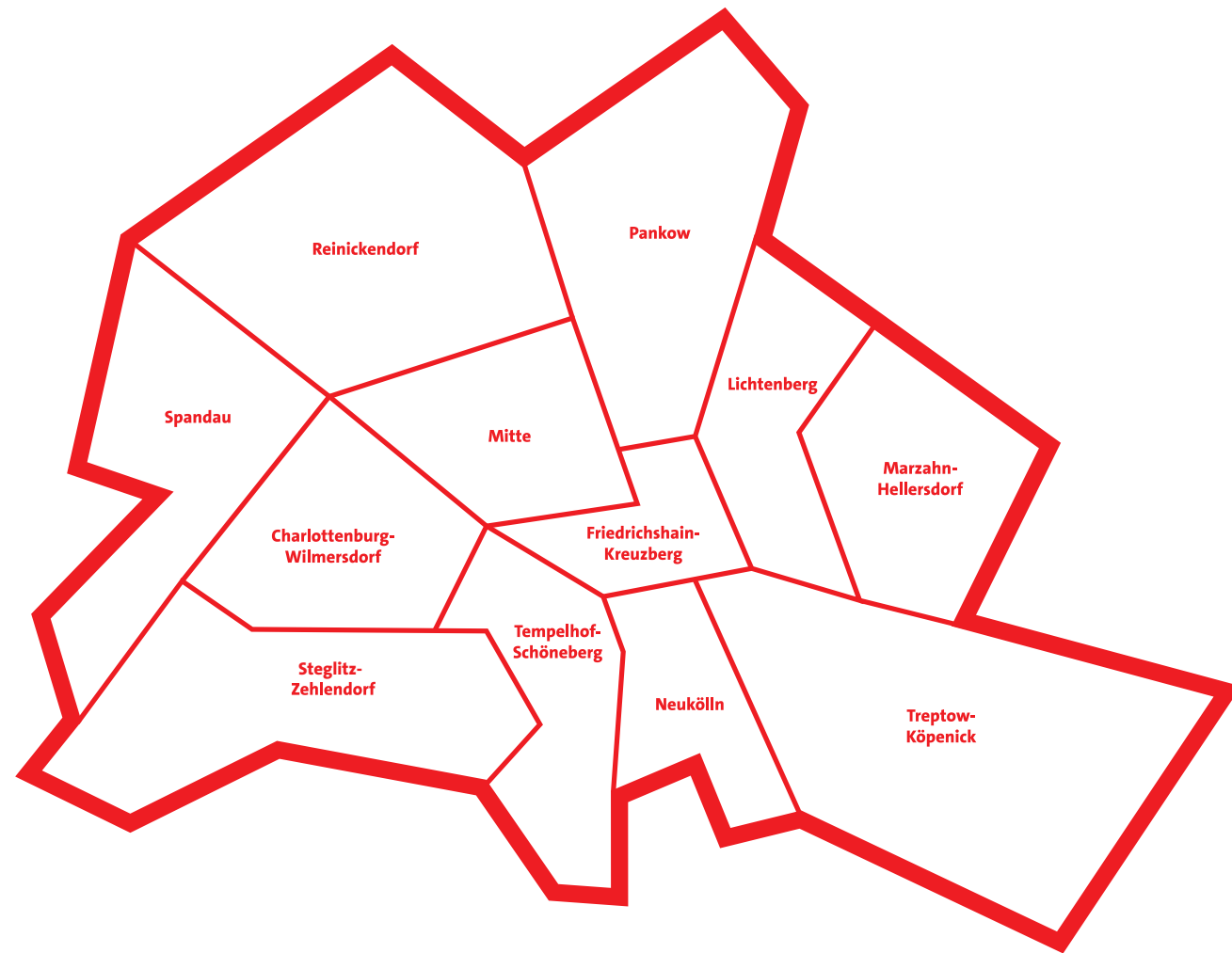
- Die **langfristige Fördervereinbarung** „Zukunftssicherung Berliner Sport“ ist ein Meilenstein für die Finanzierung des Sports. Damit stellen wir jährlich 11 Millionen Euro für den Landessportbund Berlin bereit, in dem sich insgesamt 660.000 Berlinerinnen und Berliner, darunter rund 188.000 Kinder und Jugendliche, 60.000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und knapp 500 Leistungssportlerinnen und Leistungssportler in Bundeskadern organisieren. Für einen weiteren Schritt zur Förderung des sportlichen Ehrenamts haben wir die Aufwandsentschädigung für Übungsleiterinnen und Übungsleiter auf jährlich 1,9 Millionen Euro erhöht.
- Die **Berliner Bäder** sind ein wertvolles Eigentum des Landes Berlin. Sie sind langfristig zu sichern und für die soziale Daseinsvorsorge weiterzuentwickeln. Denn Schwimmen erhöht die Lebensqualität, fördert eine gesunde Lebensweise und stärkt das soziale, inklusive und faire Miteinander. Mit Nachdruck setzen wir uns darum für die Berliner Bäder ein.

- Im Jahr 2019 unterstützen wir die Berliner Bäder mit Zuschüssen in Höhe von 52 Millionen Euro und 10 Millionen Euro für Investitionen. Mit dem Nachtragshaushalt haben wir zusätzliche 7,5 Millionen Euro bereitgestellt und die Bildung eines Rücklagenfonds ermöglicht, mit dessen Hilfe die Bäder Mittel bis zu 60 Millionen Euro abrufen können. Bis zu **130 Millionen Euro** stehen den Berliner Bädern damit zur Verfügung.
- Die ganzheitliche Bäderpolitik ist ein Paradigmenwechsel. Wir verbinden mit diesen umfänglichen Zuwendungen einen weitreichenden Modernisierungsauftrag. Darum haben wir die **Überarbeitung des Berliner Bäderkonzepts** beschlossen, sodass die langfristig gesicherte Bäderlandschaft künftig mithilfe von transparenten Öffnungszeiten und sozialen Eintrittspreisen barrierefrei und inklusiv allen Nutzungsinteressen gerecht wird.

bis zu **130** Millionen Euro für die Berliner Bäder
11 Millionen Euro jährlich für den Landessportbund
250.000 Euro mehr für den Paralympischen Sport

- Schwimmen ist lebenswichtig. Mit dem **Gesamtkonzept Schulschwimmen** wollen wir die Nichtschwimmerquote weiter senken. So können Schulen zusätzliche Kurse für Nichtschwimmer einrichten. Auf unsere Initiative hat der Landessportbund in den Herbstferien 2018 über 60 Schwimmkurse für jeweils 12 Kinder angeboten, die bis zur 3. Klasse das Schwimmen nicht ausreichend erlernt haben. Diese Kurse werden auch ohne Kosten angeboten.
- Berlin saniert seine Schulen und baut zahlreiche neue. Davon profitiert der Sport in besonderer Weise. **Weit über 300 Hallenteile** entstehen neu und können bald nachmittags von Sportvereinen genutzt werden.
- Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche sich auf Sportplätzen genauso bewegen können wie auf Spielplätzen. Deshalb wollen wir durch eine weitere **Reform der Sportanlagenlärmschutzverordnung** im Bund erreichen, dass Sportplätze besser genutzt werden können.

- **Wir sanieren unsere landeseigenen Sportanlagen.** Bis zu den Special Olympics Weltspielen 2023 errichten wir im Jahn-Sportpark ein inklusives Stadion und bauen den Sportpark weiter aus. Auch in den Olympiapark, das Sportforum Hohenschönhausen, das Velodrom, die Schwimm- und Sprunghalle und die Max-Schmeling-Halle investieren wir, damit diese Hallen „fit“ für den Berliner Sport bleiben.
- Wir haben die Mittel für den **Paralympischen Sport** um 250.000 Euro verstärkt. So können Behindertensportlerinnen und -sportler an nationalen und internationalen Wettkämpfen teilnehmen.
- Wir fördern Austauschfahrten und **Jugendbegegnungen im Sport** und stellen dafür Mittel in Höhe von über 140.000 Euro bereit.



38 für Berlin: Die Abgeordneten der SPD-Fraktion

Charlottenburg-Wilmersdorf

Franziska Becker
Florian Dörstelmann
Christian Hochgrebe
Frank Jahnke
Ülker Radziwill

Friedrichshain-Kreuzberg

Sven Heinemann
Dr. Susanne Kitschun

Lichtenberg

Andreas Geisel
Karin Halsch

Marzahn-Hellersdorf

Sven Kohlmeier
Iris Spranger

Mitte

Thomas Isenberg
Dr. Maja Lasić
Ralf Wieland
Bruni Wildenhein-Lauterbach

Neukölln

Dr. Nicola Böcker-Giannini
Derya Çağlar
Joschka Langenbrinck

Pankow

Dennis Buchner
Torsten Hofer
Torsten Schneider
Tino Schopf
Dr. Clara West

Reinickendorf

Bettina König
Jörg Stroedter

Spandau

Daniel Buchholz
Bettina Domer
Raed Saleh

Steglitz-Zehlendorf

Dr. Ina Czyborra
Dr. Matthias Kollatz
Andreas Kugler

Tempelhof-Schöneberg

Dilek Kolat
Melanie Kühnemann-Grunow
Michael Müller
Frank Zimmermann

Treptow-Köpenick

Lars Düsterhöft
Robert Schaddach
Tom Schreiber